

Der Freisinn

FDP

Nr. 11
November 1987
9. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Weltpolitische Gesamtzusammenhänge sehen

Gorbatschews Engelszungen und Afghanistan

Während Gorbatschew mit Engelszungen medienwirksam agiert, herrscht in Afghanistan nach mehr als sieben Jahren immer noch Krieg. Prof. Dr. Albert A. Stahel (Herrliberg) warnt deshalb davor, angesichts der dort andauernden Kämpfe die Gesamtzusammenhänge der Weltpolitik aus den Augen zu verlieren:

Während die Sowjetunion unter Gorbatschew mit seinem Programm der «Umgestaltung» und seinen «Abrüstungsinitiativen» die hoffnungserweckende Wirkung im Westen nicht verfehlt, wird vergessen, dass die UdSSR nach wie vor ein autoritär-totalitärer, die Aussenpolitik aggressiv ausübender Staat ist. Ungeachtet ihres öffentlichkeitswirksam gezeigten «reformerischen» Gebarens ist daran zu erinnern, dass ihr enormer militärischer Macht- ausbau in den 70er und 80er Jahren sowie das Drama in Afghanistan nichts mit einer «gemässigten» Aussenpolitik gemein haben.

Druck nicht schwächer geworden

Während Gorbatschew mit Engelszungen von einer «gerechten politischen Lösung» spricht, die er in Afghanistan anstrebt, ist der sowjetische militärische Druck dort nicht schwächer geworden. Die Stärke der gegenwärtig in Afghanistan stationierten sowjeti-

schen Kampftruppen wird auf rund 150 000 (+ 50 000 in Turkestan) geschätzt. Diese wurden auf Grund der in diesem Krieg gesammelten Erfahrungen den örtlichen Gegebenheiten angepasst und erhielten eine diesen entsprechende Ausbildung.

Grosse Nachschubprobleme

Die grösste Schwierigkeit verursacht den Sowjets die Lösung der logistischen Probleme. Die eingesetzten Kampftruppen müssen nicht nur unter schwierigsten geographischen Bedingungen versorgt werden, sondern die Versorgungsstaffeln haben dauernd mit Überfällen und Hinterhalten ihrer Gegner zu rechnen. Strassen werden von den Mujaheddins oft gesprengt und die Konvois mit Raketenwerfern oder schweren Maschinengewehren beschossen. Deshalb muss die Versorgung der im Einsatz stehenden Kampftruppen meistens mit Helikoptern durchgeführt werden. Dies gilt auch für die abgelegenen Garni-

sonen und Stützpunkte. Seit die Freiheitskämpfer mit Stinger- und Blowpipe-Luftabwehrraketen ausgerüstet sind, ist diese Art der Versorgung wesentlich erschwert.

Zu den Schwierigkeiten bei der Sicherung des Nachschubs an die Kampftruppen gehörte auch die richtige Einschätzung des Nachschubumfanges, der sich primär aus der voraussichtlichen Dauer der durchzuführenden Operationen ergibt. Dazu kommt noch, dass die Einsatztruppen nicht nur mit Munition, Ersatzteilen, Sanitätsmaterial und Lebensmitteln, sondern auch mit Trinkwasser versorgt werden müssen, haben die Russen doch selbst das altbewährte Wasserversorgungssystem des Landes vielerorts zerstört. Der Wassermangel zwang die Truppen in mehreren Fällen zur Aufgabe ihrer Stützpunkte.

Hohe psychische Belastung

Unter diesen Verhältnissen zu kämpfen, bedeutet für die von den Einheimischen gehassten sowjetischen Soldaten grösste körperliche und psychische Belastung. Es ist deshalb verständlich, dass ihre Nerven oft durchgehen, was in vielen Fällen zu rücksichtslosen Massakern geführt hat. Die Opfer waren meistens Bewohner von Dörfern, die den Freiheitskämpfern Unterschlupf und/oder Unterstützung gewährt hatten. Doch sind auch Spannungen zwischen den Besatzungsaufgaben und den zum Kampfeinsatz bestimmten Truppen vorhanden.

Die Soldaten haben keine Möglichkeit zur Entspannung. Heimaturlaube werden nur in den seltensten Fällen bewilligt. Viele

Fortsetzung auf Seite 2

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) ist über den Ausgang der eidgenössischen Wahlen befriedigt. Es lag auf der Hand, dass die Partei nicht alle neun Restmandate (von insgesamt 54 Sitzen) in der Grossen Kammer würde halten können. Deren sechs konnten trotz erschwelter Ausgangslage dennoch konsolidiert werden. Gleichzeitig ist es der FDP gelungen, ihre Position im Ständerat mandatsmässig zu sichern.

Alles in allem eine für die FDP überaus befriedigende Bilanz. Dies fällt um so bemerkenswerter aus, als sie sich des Ansturms sowohl von Grünen verschiedenster Farbnuancen, aber auch der Linken wie der Rechten erwehren musste und darüber hinaus in einigen Kantonen sogar noch bürgerliche Gruppierungen versuchten, der Partei Wählerinnen und Wähler abspenstig zu machen. Es ist uns Freisinnigen offensichtlich in weitem Masse gelungen, den Urnengängern unsere Politik verständlich zu machen und dafür ihre Unterstützung zu erhalten. Wir Freisinnigen haben bewusst auf eine Gesamtschau und ein ganzheitliche Betrachtung gesetzt und uns damit deutlich von den Ein-Themen-Parteien, aber auch von jenen abgesetzt, die sich auf eine rot-grüne Thematik beschränkt hatten. Wir Freisinnigen brachten zum Ausdruck, dass es darum geht, Bewährtes zu erhalten und gleichzeitig sich den Problemen und Herausforderungen unserer Zeit zu stellen. Ebenso klar haben wir uns von jenen abgesetzt, die in Weltuntergangsstimmung machten und ein pessimistisches Weltbild verbreiteten.

In der neuen Legislaturperiode erwartet uns eine Fülle von Problemen und Aufgaben, die angepackt werden müssen. Wir Freisinnigen haben immer zum Ausdruck gebracht, dass wir bereit sind, Verantwortung zu tragen. Nun heisst es, diese zu übernehmen. Dabei ist die Partei- und Fraktionsleitung auf die Unterstützung aller Freisinnigen im ganzen Land angewiesen. Darauf zählen wir und danken Ihnen bereits heute dafür.

Unser Wahlergebnis konnten wir nur mit einem enormen Einsatz ungezählter Freisinniger erreichen. Ihnen gebührt unser aufrichtiger Dank. Einen besonderen Dank aber auch allen Kandidatinnen und Kandidaten, gewählten und nichtgewählten, die sich der Partei zur Verfügung gestellt haben. Danken möchten wir aber auch den Wählerinnen und Wählern sowie den Verantwortlichen in den Kantonalparteien auf allen Stufen.

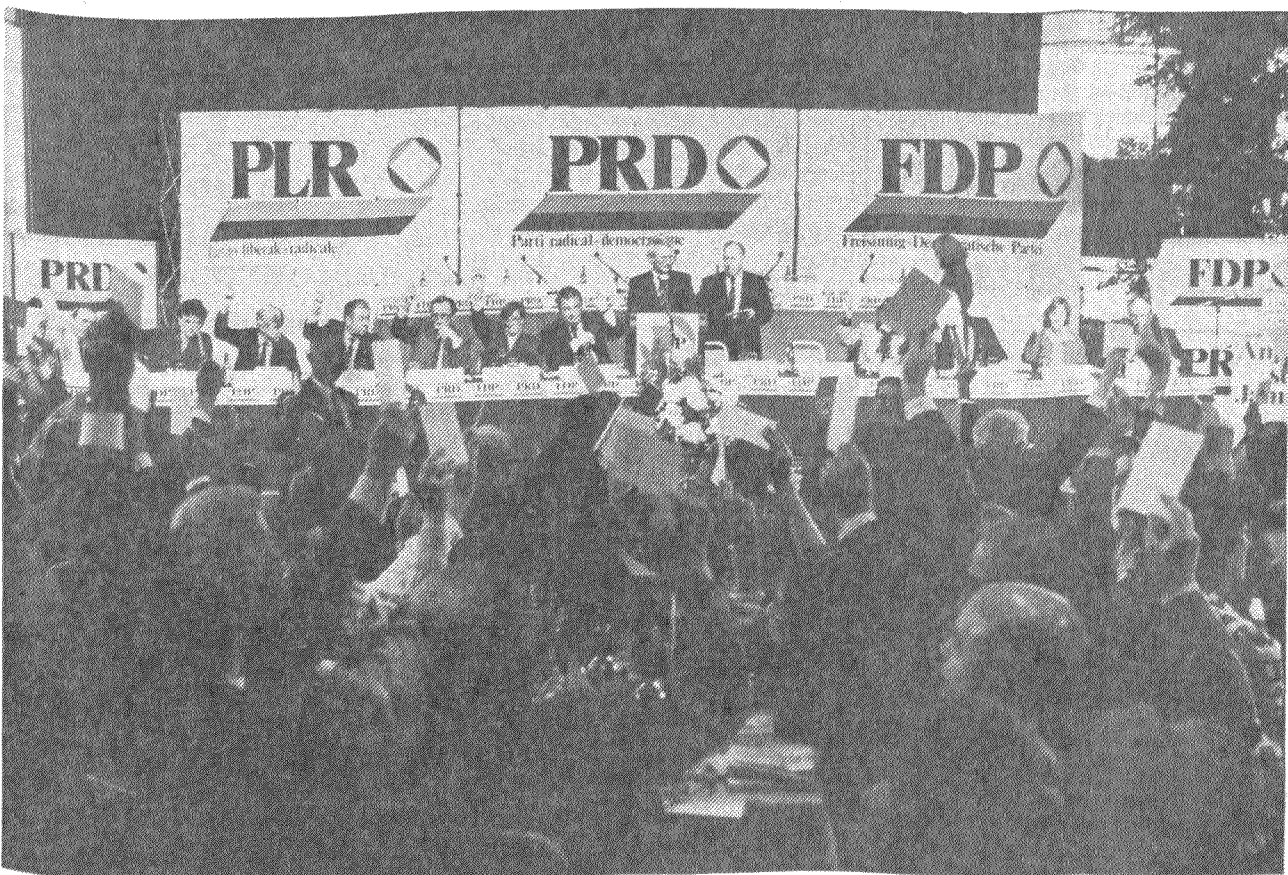
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)

Der Präsident

B. Hunziker
B. Hunziker

Der Generalsekretär

H. R. Leuenberger
H. R. Leuenberger

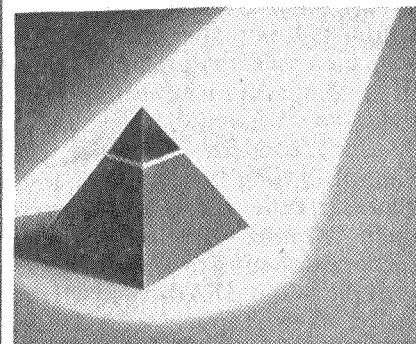


Eine ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz fasste die Parolen zur nächsten, auf den 6. Dezember anberaumten eidgenössischen Volksabstimmung. Dabei gab es zwei Ja- und eine Nein-Empfehlung: Ja zu «Bahn 2000» und zur Revision der Kranken- und Mutterschaftsversicherung, Nein zur «Rothenturm-Initiative». (Photo rut)

Inhalt

- Dank an die freisinnigen Wählerinnen und Wähler
- Eidgenössische Abstimmung vom 6. Dezember
- Argumente dafür und dagegen
- FDP-Fraktion trifft Bundeshauspresse

SKA-Anlage-Service plus



Der SKA-Anlage-Service plus präsentiert sich mit immer neuen Spitzenleistungen.

SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT
SKA

Probleme für die Schweiz

Zunehmender Protektionismus

In jüngster Zeit häufen sich im internationalen Handel mit Agrarprodukten, Industrieerzeugnissen und Dienstleistungen handfeste Konflikte. Sie haben ihre Ursache in protektionistischen Handelspraktiken, die den freien Welthandel, an dem die Schweiz vital interessiert ist, in Frage stellen.

Die aussenwirtschaftlichen Bewährungsproben, vor denen unser Land steht, werden von Botschafter Dr. Mario A. Corti, dem Delegierten des Bundesrates für Handelsverträge, im «bulletin» der Schweizerischen Kreditanstalt einer Analyse unterzogen. Hintergrund der sich häufenden Schwierigkeiten bilden die stark gestiegenen Haushalt- und Ertragsbilanzdefizite der USA. Dass dieses Land insgesamt mehr konsumiert und investiert als es produziert, wird allmählich auch den Amerikanern klar. Es kommen aber Zweifel darüber auf, ob die Weltwirtschaft den durch eine Korrektur verursachten Nachfrageausfall überhaupt verkraften könne, ohne in den Strudel einer neuen Rezession zu geraten.

Handelshemmnisse mit Dauercharakter

Im Jahre 1983 waren schätzungsweise 27% der Industriestaatenimporte von nichttarifären Handelshemmnissen betroffen. Ursprünglich als vorübergehende «Anpassungshilfen» gedacht, tendierten sie dazu, Dauercharakter zu erlangen. Die zunehmenden protektionistischen Handelspraktiken werden von den betreffenden Staaten mit der Entschärfung von Beschäftigungsproblemen oder der Schonung von Währungsreserven begründet; vielfach geht es aber auch nur um die Ver-

Fortsetzung von Seite 1

Soldaten suchen in dieser Lage Zuflucht zum Alkohol. Da dieser in Afghanistan nur schwer erhältlich ist, greifen viele zu Rauschmitteln. Opium und Haschisch sind dort verhältnismässig leicht zu bekommen.

Versagen der sozialistisch-kommunistischen Indoktrination

Schliesslich kommt hinzu, dass die politische Indoktrination der in Afghanistan eingesetzten Soldaten versagt hat. Der Hauptgrund dafür besteht darin, dass sie sich von ihrer Regierung und ihren Vorgesetzten betrogen fühlen. Sie kämpfen nämlich nicht gegen «Imperialisten», Amerikaner oder Chinesen, um das afghanische Volk im Sinne des «proletarischen Internationalismus» zu schützen, sondern gegen das afghanische Volk selbst. All dies führte zu einer Demoralisierung der Truppen, was zur Brutstätte ihrer Unzufriedenheit und der immer öfter vorkommenden Reibereien unter den Soldaten wurde.

Afghanistan – sowjetisches Erfahrungsfeld

Andererseits hat aber der sowjetische Generalstab durch den Krieg in Afghanistan nicht nur hinsichtlich der Verwendbarkeit neuer Waffen, sondern auch der die Kampfführung betreffenden Fragen wertvolle Erfahrungen sammeln können. Der sowjetische Generalstab musste oft feststellen, dass sich die Doktrin, in deren Sinne die Truppen ausgebildet worden sind, in Afghanistan als vollkommen unbrauchbar erwiesen hat und durch ganz neue Methoden ersetzt werden musste. In vielen Fällen führte dies zu ersten Differenzen zwischen den an Ort und Stelle eingesetzten Kommandanten und der Zentrale in Moskau.

teidigung wirtschaftlicher Partikularinteressen.

Tatsächlich wird die Anpassung der Produktionsstrukturen Amerikas, Europas und Japans an die veränderten Erfordernisse der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung dadurch erschwert, dass die Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten mit einer durchschnittlichen Rate von 8¼% nur knapp unter dem Höchststand von 1983 verharrt. Die Amerikaner drängen ihre Partner auf den Weg einer wirtschaftlichen Expansion, wogegen sich diese sträuben. In diesem Konflikt liegt die Versuchung nahe, den vermeintlich mühsamen und langwierigen Weg der marktwirtschaftlichen Anpassung zu verlassen, um auf den scheinbar bequemeren protektionistischen Pfad zu wechseln.

Schwierige Stellung der Schweiz

Nach schweizerischer Auffassung gehören indessen unverfälschter Wettbewerb und freier Welthandel zu den wichtigsten Voraussetzungen für das Wachstum und die Stärkung der Anpassungsfähigkeit einer Volkswirtschaft. An den Gatt-Runden in Punta del Este und in Genf zeichneten sich drei Hauptaufgaben ab, nämlich die Anpassung und dauerhafte Verstärkung des 1948 unter amerikanischer Führung geschaffenen multilateralen Handelssystems, die zusätzliche Liberalisierung des Welthandels (mit verbessertem Marktzugang) und die wirksamere Eingliederung des Gatt in die internationale wirtschafts-, finanz- und währungspolitische Zusammenarbeit.

Zu den Hauptinteressen der Schweiz zählt die angemessene Beteiligung unseres Landes an der Schaffung eines dynamischen und homogenen europäischen Wirtschaftsraumes. EG und EFTA stellen zusammen die grösste Freihandelszone der Welt mit über 350 Millionen Konsumenten dar. Die schweizerische Wirtschaft wickelte 1986 allein mit der EG nicht weniger als 55% ihrer Güterexporte und sogar 73% ihrer Importe ab.

Diskriminierungsgefahr?

Für die schweizerische Politik stellt sich das Problem, angesichts der fortschreitenden Integrationsvertiefung in der EG Diskriminierungsstatbestände zu verhindern. Als Nichtmitgliedstaat der EG bleibt unser Land auch in Zu-



Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz begrüsst Bundesrätin Elisabeth Kopp, die vom Präsidenten der FDP der Schweiz, Ständerat Dr. Bruno Hunziker (links), sowie den Präsidenten der FDP-Fraktion der Bundesversammlung, Nationalrat Ulrich Bremi, flankiert wird. (Photo ruti)

kunft vom gemeinschaftsinternen Entscheidungsmechanismus ausgeschlossen. Die unter 12 Mitgliedstaaten mühsam erarbeiteten Kompromisse können nicht ohne weiteres den Wünschen von Drittstaaten angepasst werden. Gleichwohl besteht unsere gegenwärtige Politik im Abschluss sektorspezifischer Abkommen.

Dem steht der um sich greifende Protektionismus entgegen. Wir tun gut daran, den Kampf gegen die Durchsetzung von Partikularinteressen nicht nur auf dem internationalen Verhandlungsparkett, sondern auch an der internen Front zu führen.



Keine Vorbehalte zu «Bahn 2000»

Stellungnahme des freisinnigen Finanzausschusses

Nach Ansicht des Ausschusses für Finanz- und Steuerpolitik der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) kann die Finanzierung des Projektes «Bahn 2000» als gesichert betrachtet werden. Das von Nationalrätin Vreni Spoerry-Toneatti ZH präsidierte Gremium kam nach einlässlicher Prüfung der vorgeschlagenen Finanzierungsmodalitäten – unabhängig von den in einem Postulat der freisinnigen Fraktion vom Bundesrat verlangten zusätzlichen Auskünften – zu diesem Ergebnis. Anlass zur Erörterung der Finanzierungsfrage gab der Umstand, dass die Botschaft des Bundesrates hierzu wenig konkrete Angaben enthält.

Für die Finanzierung von «Bahn 2000» sind keine zweckgebundenen Mittel vorhanden. Gemäss geltender Regelung hat der Bund die Kosten für Infrastrukturbauten der SBB zu übernehmen, indem er dafür den SBB Darlehen gewährt. Der Bund beschafft diese Mittel im Rahmen seiner Tresorerie auf dem Kapitalmarkt. Die Verzinsung sowie die Abschreibungen auf den Infrastrukturbauten der SBB werden vorübergehend zu einer Mehrbela-

stung der Bundeskasse von durchschnittlich 130 Millionen Franken pro Jahr führen (Stand 1985). Als Folge der Angebotsvermehrung werden allmählich höhere Erträge anfallen, wodurch das zu verwirklichende Konzept letztlich selbsttragend sein wird. Der Ausschuss erachtet die für den Bund entstehende vorübergehende Mehrbelastung als vertretbar, da dafür der öffentliche Verkehr besser und attraktiver gestaltet werden kann. Ein Zugriff auf die Treibstoffzollgelder zur Finanzierung des Projektes «Bahn 2000» ist auf Grund der heutigen Rechtslage nicht zulässig.

Preisbekanntgabe und Ausverkaufsverordnung

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) stimmt sowohl der Verordnung über die Bekanntgabe von Preisen als auch der Ausverkaufsverordnung zu. Wie die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort zur Ausverkaufsverordnung festhält, begrüsst sie es, dass diese in vermehrtem Ausmass den Grundsatz von Treu und Glauben im Geschäftsverkehr und den Schutz der Konsumenten vor Täuschung betont. Sie gibt gleichzeitig zu bedenken, dass der Entwurf gewisse Vorschriften enthält, die schwer kontrollierbar und deshalb auch schwer durchsetzbar sind. Insbesondere bemängelt sie die zahlreichen unbestimmten Rechtsbegriffe. Ein Fragezeichen setzt sie hinter die Bestimmungen über die Preisanschreibepflicht, welche bei einem Warenwert von über 15 000 Franken relativiert wird, um die Diebstahlsgefahr zu vermindern. Die FDP gibt diesbezüglich zu bedenken, dass Rechtsbrecher inskünftig wissen, dass jede nicht mit einem Preisschild versehene Ware den Wert von 15 000 Franken übersteigt. Sie regt deshalb an, die Herabsetzung dieser Grössenordnung zu prüfen.

Für Gleichberechtigungsdienst beim Bund

Die Arbeitsgruppe Frau und Politik der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) unterstützt die Absicht des Bundesrates, in der Bundesverwaltung einen Dienst für die Gleichstellung von Mann und Frau zu schaffen. Das von Nationalrätin Geneviève Aubry (FDP, BE) präsidierte Gremium betrachtet dieses Vorhaben als einen ersten wichtigen Schritt zur Gewährleistung der Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Praxis. Es hält die Einsetzung eines besonderen Organs für wichtig, da für die Umsetzung des in der Bundesverfassung ver-

ankerten Grundsatzes in die Praxis noch grosse Anstrengungen nötig sind.

Die Stelle hätte verwaltungsinterne oder durch parlamentarische Vorstösse angeregte Vorhaben unter dem Gesichtspunkt der Einhaltung des Gleichheitsartikels der Bundesverfassung zu prüfen, ferner Koordinationsaufgaben sowie Beratungsfunktionen für öffentliche und private Stellen zu übernehmen. Da bis anhin niemand sich kompetent diesen Fragenkomplexen annimmt, befürwortet die freisinnige Arbeitsgruppe die Absicht der Landesregierung.

Auf Anfang 1988 soll nach den Vorstellungen des Bundesrates die Tätigkeit des Bundesamtes für Kulturpflege, das heute schon das Sekretariat der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen führt, erweitert werden. Es soll ein mit entsprechenden personellen und finanziellen Mitteln ausgestattetes Instrument geschaffen werden, das gezielt Massnahmen treffen kann, um das in der Verfassung verankerte Gebot der Gleichberechtigung in die Tat umzusetzen.

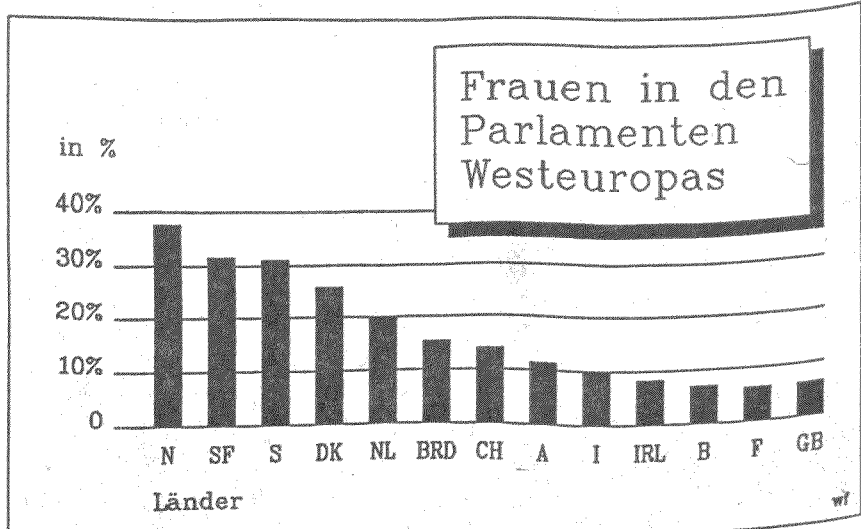
Befürwortung von «Business Channel»

Die Studiengruppe Medienpolitik der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) begrüsst das von einer Mehrheitlich in schweizerischem Besitz stehenden Gesellschaft lancierte Projekt eines «Business Channel». Das von Nationalrat Ulrich Bremi (FDP, ZH) präsidierte Gremium sieht darin eine realistische Möglichkeit für die Schweiz zur Wiedergewinnung von Terrain im internationalen Kommunikationsmarkt. Es weist zudem auf die Bedeutung des Vorhabens für den Finanz- und Wirtschaftsplatz Schweiz sowie auf die medienpolitische Chance für unser Land hin.

Das vom «Business Channel» ausgestrahlte Programm in deutscher und englischer Sprache soll in Zürich produziert und via Fernmeldesatellit europaweit in den Morgenstunden ausgestrahlt werden. Es handelt sich um ein spezifisches Zielgruppenprogramm für beruflich oder privat an wirtschaftlichen und finanziellen Fragen Interessierte, da es ausschliesslich Wirtschaftsthemen umfasst. Das Vorhaben tangiert deshalb die bestehenden Satelliten-TV-Programme wie auch die angekündigten internationalen, nationalen und regionalen Projekte im Fernbereich nicht. Seine Finanzierung ist schwerwichtig über Werbung vorgesehen. Von der Gesellschaft ist bei den zuständigen eidgenössischen Behörden im Frühjahr dieses Jahres ein Konzessionsgesuch eingereicht worden.



FDP-Nationalrat Peter Aliesch (Graubünden) berät sich mit seinem Urner Fraktionskollegen Franz Steinegger (rechts). (Photo ruti)



Im Nationalrat ist nach den eidgenössischen Wahlen 1987 die Zahl der Frauen von 21 auf 28 gestiegen – davon nun vier statt wie bisher drei freisinnige Volksvertreterinnen – gestiegen. Im Vergleich mit anderen mittel- und nordeuropäischen Staaten nimmt die Schweiz eine mittlere Position ein. Am stärksten vertreten sind die Frauen in den Parlamenten der skandinavischen Länder. Auf den höchsten Prozentsatz kommen die Norweger – im Parlament sind dort von 159 Abgeordneten 59 Frauen. Beanstandet man in der Schweiz die geringe Vertretung der Frauen im Parlament, so darf nicht vergessen werden, dass andere Länder in Sachen Frauenwahlrecht auf eine längere Tradition zurückblicken können. So wurde das Frauenstimmrecht in Schweden und Finnland bereits 1862 bzw. 1863 eingeführt, in Österreich und Deutschland 1918, in Grossbritannien 1928, in Frankreich 1944 und in Belgien 1949. In der Schweiz dagegen erst 1971. Zudem braucht es Zeit, um politische Erfahrungen zu sammeln. Mit der Festlegung von «Frauenquoten» allein findet man noch keine geeigneten Kandidatinnen. So betrachtet, ist der mittlere Rang unseres Landes gar nicht so schlecht.

Zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 6. Dezember

Drei umstrittene Vorlagen

Kaum sind die eidgenössischen Wahlen vorbei, sind die Stimmberechtigten auf eidgenössischer Ebene erneut zu einem Urnengang aufgerufen. Am 5./6. Dezember gelangen die «Rothenthurm-Initiative» sowie der Bundesbeschluss über das Projekt «Bahn 2000» und die Revision des Kranken- und Mutterschaftsversicherungsgesetzes (KMVG) zur Abstimmung. Christian Beusch stellte die drei Vorlagen vor:

Bundesrat und eidgenössische Räte empfehlen die Ablehnung der Rothenthurm-Initiative (Nationalrat 101:53, Ständerat 36:2 Stimmen); die Initianten haben jedoch an ihm festgehalten, weshalb nun Volk und Stände darüber zu befinden haben. Gegen «Bahn 2000», die vom Ständerat mit 38 zu 0 Stimmen und vom Nationalrat mit 105 zu 10 Stimmen befürwortet wird, wurde erfolgreich das Referendum ergriffen. Dasselbe Schicksal erlitt die KMVG-Revision, der die Grosse Kammer mit 147 zu 7 Stimmen und die Ständesvertreter einhellig mit 38 zu 0 Stimmen beipflichteten.

Wer bringt Rothenthurm den besseren Schutz?

Die 1983 mit 160 000 Unterschriften eingereichte Rothenthurm-Initiative hat zum Ziel, Moore und Moorlandschaften von besonderer Schönheit und nationaler Bedeutung zu erhalten sowie einen Teil des Weiterausbaues des bestehenden Waffenplatzes Rothenthurm zu verhindern. Als Reaktion auf dieses Volksbegehren wurde vom Bundesrat den eidgenössischen Räten eine Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes unterbreitet, die einen umfassenden – also nicht nur Rothenthurm betreffenden – Schutz aller gefährdeten Biotop der Schweiz bringt.

Die Initianten der Initiative unterstreichen immer wieder, dass sie mit ihrem Vorstoss den Ausbau des Waffenplatzes Rothenthurm nicht verhindern wollen. Ihnen gehe es allein um dieses Moor, das eines der grössten und besterhaltenen Gebiete dieser Art sei. Diese Argumentation mag für einen Teil der Anhänger der Initiative zutreffen; jedoch nicht für alle, das es unter ihnen auch Kreise gibt, denen es vorab um die Verhinderung des Weiterausbaues des Waffenplatzes geht.

Bundesrat und eidgenössische Räte lehnen die Initiative ab, weil diese durch die Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes überflüssig geworden ist, diese Gesetzesänderung zudem mehr als nur Moore schützt und der Interessenkonflikt bei der Nutzung von Moorlandschaft zwischen Landwirtschaft und Naturschutz durch das neue Gesetz besser gelöst wird als durch die Initiative.

Ausdrücklich wird zudem festgehalten, dass sich die militärische Nutzung eines Geländes nicht automatisch gegen den Naturschutz richte. Es gebe zahlreiche Beispiele dafür, dass sich in einem militärischen Übungsgebiet dank der sehr mässigen Bodenbenutzung besonders günstige Voraussetzungen für gefährdete Pflanzen und Tierarten entwick-

keln könnten. Das Projekt des Waffenplatzes Rothenthurm sei mit Natur- und Heimatschutzkreisen abgesprochen, und es seien dabei ausdrücklich weite Flächen ausgeschieden worden, welche von der Truppe nicht betreten werden dürfen. Ebenso werden keine Korrekturen am Lauf des Flusses Biber vorgenommen, und die militärischen Installationen befinden sich ausserhalb der Schutzzonen.

Umstrittene Neubaustrecken von «Bahn 2000»

Das Konzept «Bahn 2000» zielt darauf ab, in Etappen landesweit ein besseres Bahn- (und Bus-)Angebot bis zum Jahre 2000 zu realisieren. Häufigere und vermehrt umsteigefreie Verbindungen, bessere Anschlüsse, Verkürzung der Gesamtzeit und zusätzliche Dienstleistungen sind die Ziele von «Bahn 2000». Von diesem Vorhaben werden nicht nur die Mittellandkantone und deren Bewohner profitieren, sondern auch die Randregionen, da sowohl die Privatbahnen wie auch die PTT und private konzessionierte Busunternehmen an «Bahn 2000» mitbeteiligt sind.

Für die Realisierung von «Bahn 2000» sind Investitionen im Umfang von 5,4 Milliarden Franken erforderlich. Für deren Finanzierung nimmt der Bund die Mittel auf dem Anleihenmarkt auf. Bis die SBB dank den Mehrerträgen infolge von «Bahn 2000» in der Lage sind, die Verzinsung sowie Amortisation dieser Anleihen mitzutragen, gehen diese Aufwendungen (jährlich etwa 130 Millionen Franken bis zum Jahr 2000) zulasten des Bundes.

Während die Frage der Finanzierung bis anhin zu keinen grossen Diskussionen Anlass gab, da die zusätzlichen Aufwendungen nur vorübergehenden Charakter haben und diese zudem ein realistischer und realisierbarer Beitrag zum Umweltschutz sind, stiess eine der vier für die Verwirklichung von «Bahn 2000» nötigen Neubaustrecken auf Widerstand. Folgende neuen Linien sind vorgesehen: Vauderens-Villars-sur-Glâne, Olten-Muttenz, Zürich Flughafen-Winterthur sowie Mattstetten-Rothrist. Opposition erwächst letzterer in der betroffenen Region, die sowohl zum Kanton Bern wie zum Kanton Solothurn gehört. Die Referendumsinitianten stammen denn auch aus dieser Region, und dort wurden auch am meisten Unterschriften

(von total 82 000) für das Referendum gesammelt. Sie erachten die Neubaustrecken als nicht nötig und halten die dafür benötigten Wald- und landwirtschaftlich nutzbaren Flächen als «unverantwortbar».

Die Befürworter von «Bahn 2000» argumentieren damit, dass für dieses Vorhaben etwa 150 ha Land beansprucht werden, was dem Bau von rund 25 km Nationalstrasse entspreche. Sie stellen diese Fläche weiter in Relation mit den vier- bis fünftausend Hektaren Land, die in den letzten Jahren alljährlich für Siedlungs- und Industrieflächen aufgewendet wurden. Der Landbedarf sei, wenn man den landesweiten Nutzen von «Bahn 2000» in Rechnung stelle, als äusserst gering zu bezeichnen.

Unterschiedliche Meinungen zur KMVG-Revision

Auch bei der Revision des Kranken- und Mutterschaftsversicherungsgesetzes (KMVG) wurde vom Referendumsrecht Gebrauch gemacht. Dies von einem Komitee unter Federführung des Schweizerischen Gewerbeverbandes, das 98 000 Unterschriften sammelte. Die Opposition richtet sich vor allem gegen das vorgesehene Mutterschaftstaggeld, das als «unsozial» bezeichnet wird, sowie dessen Finanzierung mittels 0,3 Lohnprozenten (je hälftig zulasten der Arbeitnehmer und -geber). Zur Diskussion wird auch das Prinzip gestellt, «die Lohnsteuern – wenn auch in kleinen Schritten – laufend zu erhöhen».

Für die Referendumsinitianten bleibt das mit der KMVG-Revision ebenfalls anvisierte Ziel, einen Beitrag zur Kosteneindämmung im Gesundheitswesen zu leisten, unbestritten. Mit «der Einführung von Barleistungen bei der Geburt hat das Parlament die Vorlage aber denaturiert». Das Referendum will deshalb den Weg frei machen zu einer sich auf die Revision der Krankenversicherung beschränkenden Lösung.

Von den Befürwortern der KMVG-Vorlage wird auf das Gesamtkonzept der Revisionsbemühungen verwiesen, das im Bereiche der Krankenversicherung Massnahmen zur Kostensenkung enthält und bei der Mutterschaftsversicherung die Ausrichtung eines Taggeldes vorsieht. Sie unterstreichen zudem, dass eine Ablehnung dazu führe, dass die unbeschränkte Leistungspflicht bei Spitalaufenthalt nicht eingeführt würde, dass die Ansätze zu einer Spitalplanung und einer Kostenbremse nicht in Kraft träten, dass der Einbezug der spitalexternen Krankenpflege nicht geregelt wäre und dass die Bundesbeiträge an die Krankenkassen nicht erhöht würden. Was die Mutterschaftsversicherung anbetreffe, so sei die vorgeschlagene Lösung, die sich an die Regelung bei der Erwerbsersatz-Ordnung (EO) anlehnt, administrativ einfach, bringe keine Diskriminierung der Frau am Arbeitsplatz, gewährleiste, dass eine Mutterschaft ohne finanzielle Sorgen durchgestanden werden könne.



Bundesrat Leon Schlumpf (stehend) erläuterte vor dem FDP-Presserband «seiner» «Bahn 2000», ehe unter Leitung von Markus Rohr (links) SBB-Generaldirektor Michel Crippa, Bruno Frangi, Kantonsrat Roman Schreier (Fdp, SO) und Nationalrat Silvio Bircher (SP, AG) ihre Standpunkte darlegten. Rechts neben Bundesrat Schlumpf der Präsident des Presseverbandes, Rudolf Gerber. (Photo ruti)

Auf dem Weg zur neuen Bundesfinanzordnung

Irrungen und Wirrungen

Im Bundeshaus wurden die Vorarbeiten für die Ablösung der bis Ende 1994 geltenden Bundesfinanzordnung an die Hand genommen. Gegenüber dem eingeschlagenen Weg bringt FDP-Nationalrat Richard Reich (ZH) – wie er nachstehend ausführt – zahlreiche Vorbehalte an:

Am 12. November hat das Eidgenössische Finanzdepartement der Öffentlichkeit ein Gutachten des angesehenen Basler Nationalökonom Professor Bombach präsentiert, dem von seiten Bundesrat Stichs offensichtlich die Rolle eines fundamentalen «Beweisstücks» für die Grundlegung der neuen Finanzordnung zugeordnet ist. Der Expertenauftrag war dar-



auf angelegt, die «finanziellen und ökonomischen Auswirkungen eines Abbaus der Taxe occulte» zu untersuchen.

Fehlende politische Bewertung

Das Resultat ist in manchen Teilen überraschend: Die wirtschaftlichen Nachteile der «Schattensteuer» werden zwar bestätigt, wenn auch aus anderen Gründen, als man bisher allgemein angenommen hatte. Und für die Kompensation der Ausfälle, die Bombach auf 1,5 Milliarden Franken schätzt, wird als optimale Lösung eine 10prozentige Energieabgabe vorgeschlagen. Nebenbei wird darüber hinaus gleich auch noch die Fiskalisierung der AHV-Finanzierung eingelaute, indem ein künftiger Zusatzbedarf durch Wust-Prozente gedeckt werden soll.

Dem Gutachter ist zugute zu halten, dass er auf politisch brisante Fragen rein wissenschaftliche Antworten zu geben hatte und dass er ausserdem, wie er einleitend selbst erklärt, nicht zur Gilde der Finanzwissenschaftler gehört. Die Thesen Prof. Bombachs bedürfen mit andern Worten nicht nur einer eingehenden politischen Bewertung, sondern auch einer wissenschaftlichen Ergänzung aus anderer Perspektive. Sie stellen einen Diskussionsbeitrag dar, nicht mehr und nicht weniger. Man muss sich daher fragen, ob der Bundesrat gut beraten war, die Veröffentlichung des Gutachtens mitten in die Entscheidungsphase des Energieartikels im Schosse der Regierung hineinplatzen zu lassen.

Vorprogrammierter Scherbenhaufen?

Im Presserohstoff zum Expertenbericht lässt Bundesrat Stich verlauten, dass die Finanzpolitik künftig vermehrt zur Unterstützung der Gesamtspolitik der Landesregierung eingesetzt werden solle. Im Klartext bedeutet dies, dass er im Rahmen der neuen Finanzordnung einerseits Umweltschutzpolitik mittels der 10prozentigen Energieabgabe und andererseits Sozialpolitik mit Wust-Prozenten für die AHV zu betreiben gedenkt – einmal abgesehen von weiteren Brocken wie der vermehrten Besteuerung von Dienstleistungen, dem Umbau

der Stempelsteuer und der Streichung der zeitlichen Begrenzung.

Die Bundesfinanzordnung hat eine lange Leidensgeschichte mit vielen verunglückten Volksabstimmungen hinter sich. Es steht zu befürchten, dass mit dem sich nunmehr immer klarer abzeichnenden neuen Konzept eine praktisch vorprogrammierte weitere Leidensstation angepeilt werden soll. Dadurch, dass zum Beispiel die Energieabgabe nach dem Willen unseres Finanzministers aus dem Umfeld des Energieartikels herausoperiert und in ein finanzpolitisches Multipack «hinübergerettet» werden soll, dürfte diese ungeliebte «Lenkungssteuer» kaum populärer werden.

Nein zu übereilten Weichenstellungen

Wenn Professor Bombach die Situation von Industrien mit hohem Energieverbrauch nicht eingehender in seine Analysen einbezieht und auch über die Tatsache hinwegsieht, dass in diesen Sektoren bereits gewaltige energiesparende Investitionen erfolgt sind, so ändert dies nichts an der Tatsache, dass eine zehnprozentige Energieabgabe über weite Strecken die Falschen treffen und gleichzeitig im privaten Konsumbereich kaum richtig greifen würde.

Im Hinblick auf das Ausscheiden Bundesrats Schlumpfs und den damit verbundenen Zugzwang betreffend den Grundsatzentscheid über eine Energieabgabe kann man nur hoffen, dass keine übereilten Weichenstellungen im Sinne der Vorschläge Bundesrat Stichs erfolgen. Sonst gehen wir äusserst schwierigen finanzpolitischen Zeiten entgegen.

Eidg. Volksabstimmung vom 6. Dezember

Ja

zu "Bahn 2000", weil sie die Regionen unseres Landes besser erschliesst und ein Beitrag zur Umweltverbesserung ist.

Ja

zur Revision der Kranken- und Mutterschaftsversicherung, weil sie hilft, im Gesundheitswesen Kosten zu sparen und in massvoller Weise die versprochene Mutterschaftsversicherung bringt.

Nein

zur "Rothenthurm-Initiative", weil die Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes den besseren und umfassenderen Schutz erhaltenswerter Landschaften garantiert.

FDPO

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Boesch
Gartenbau 01 53 04 80
Unsere Stärke
grüne Werke

Überflüssig

Das angebliche Ziel der Rothenthurm-Initiative – ein verbesserter Schutz unserer Moore – ist bereits erreicht durch das revidierte Natur- und Heimatschutzgesetz. Es schützt unsere Biotope in der ganzen Schweiz, nicht nur in Rothenthurm. Deshalb ist die Rothenthurm-Initiative überflüssig.

Am 6. Dezember

Rothenthurm Initiative

NEIN

Schweiz. Aktionskomitee gegen die überflüssige Rothenthurm-Initiative
Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP)
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Schweizerische Volkspartei (SVP)


Baumschäden!



Unsere Spezialisten für
Baumchirurgie + Baumpflege
lösen Ihre Probleme

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat.



Unabhängige Berater für die Suche von Führungskräften und Geschäftspartnern

RubinConsult

UNTERNEHMUNGSBERATUNG
W. RÜBIN
CH-8002 ZÜRICH, FREIGUTSTR. 24
TEL. (01) 202 75 78
MITGLIED DER ASCO

Bitte verlangen Sie Unterlagen und ein unverbindliches Gespräch.

SBG – für uns schon lange die erste Bank.



Integrierte Bauprojekte

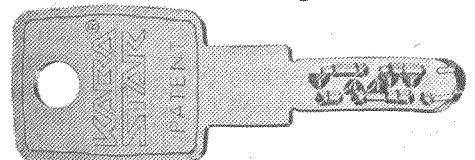
Für Käufer mit Eigenbedarf, Mieter und Anleger realisieren wir als Bauherren städtebaulich integrierte Bauprojekte – in Zusammenarbeit mit führenden Architekten und Ingenieuren!

Mit uns über Liegenschaften reden lohnt sich

Spaltenstein
LIEGENSCHAFTEN
SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich
Telefon 01/316 13 10

EIN SCHUTZ, DER JEDEM ZUSTEHT.

Jeder Mensch lebt gerne in Sicherheit. Berechtigterweise. KABA kommt diesem Bedürfnis gleich doppelt entgegen. Erstens mit der neuartigen Zylinderpanzerung, die das Aufbohren, Abwürgen und Ausreissen des Schliesszylinders praktisch unmöglich macht. Und zweitens mit dem Schlüssel, der zur Panzerung passt: dem bewährten KABA STAR im neuen, funktionsgerechten Design. Sichern Sie sich Ihre Ruhe. Mit einem Schliess-System von KABA.



Der Schlüssel zu Ihrer Sicherheit.

Für detaillierte Informationen wenden Sie sich an Ihren Schloss-Spezialisten oder an die Bauer Kaba AG, Postfach, CH-8620 Wetzikon, Tel. 01/9316111, Telex 875 481, Telefax 01/93163 85.

Jetzt führen Sie Ihren Rede-Erfolg planmässig herbei!

Wer oft als Redner im Rampenlicht steht, kann sich nicht nur auf «rettende» Einfälle verlassen. Ein neues Handbuch gibt Ihnen die Sicherheit, Ihr Unternehmen jederzeit souverän zu repräsentieren!

Selbst routinierte Redner klagen hin und wieder über «Lampenfieber». Die Ursache ist Ihnen bestimmt bekannt: Auch ein «Profi» gerät immer wieder in Situationen, aus dem «vollen Geschäftsleben» heraus direkt ans Rednerpult schreiten zu müssen – mit einem Konzept, welches eher einem flüchtigen Entwurf gleicht...

Aber auch wenn die zur Redevorbereitung notwendige Zeit alles andere als reichlich bemessen ist, können Sie mit dem Vortrag eines «Rohentwurfs» das Redeziel selten voll verwirklichen. Denn die Zuhörer überzeugen heisst, gerade durch die Redevorbereitung alle möglichen «Zweifelpunkte» von vornherein auszuschalten.

Ein Nachschlagewerk befreit Sie von diesem Sachzwang. Perfekt aufbereitete und in der Praxis bewährte Musterreden geben Ihnen die Sicherheit, auch unter Zeitdruck eine anspruchsvolle Zuhörerschaft überzeugen zu können:

Erfolgreiche Musterreden für Führungskräfte

Rhetorikhandbuch mit Musterreden, praktischen Hinweisen zur Redepsychologie und Redetechnik, Zitatenschatz.

Zu jedem Anlass, den der Berufsalltag mit sich bringt, finden Sie in diesem Werk eine hervorragende Musterrede, zum Beispiel zu

- betrieblichen Anlässen (Betriebsfeier, Mitarbeitermotivation)
- öffentlichen Anlässen (Betriebsfeierweihung, Messeeröffnung usw.)
- privaten Verpflichtungen (Hochzeit, Taufe, Geburtstag, Weihnachten)
- militärischen Anlässen (Begrüssung der Einheit, Fahnenübergabe, Korpsvisiten)

Von einer Führungskraft wird nicht nur Kompetenz in Sachfragen erwartet, sondern auch die Fähigkeit, Ideen durchzusetzen. Das Werk gibt Ihnen deshalb Aufschluss über diejenigen rhetorischen und psychologischen Vorgehensweisen, die das gesprochene Wort erst wirkungsvoll machen, z. B. über

- den gezielten Einsatz der Körpersprache
- die Steuerung des Zuhörers durch psychologische «Kniffe»
- die Beeinflussung der Aufmerksamkeit durch den perfekten Einsatz technischer Mittel

Neue Ideen können Sie nicht mit alten Argumenten durchsetzen. Die Notwendigkeit von Neuerungen müssen Sie stets aus der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Situation heraus begründen. Deshalb versorgt Sie das Werk mit Aktualisierungs- und Fortsetzungslieferungen, die Ihnen laufend zu wichtigen neuen Themen aus Wirtschaft und Politik sofort einsetzbare Musterreden zur Verfügung stellen!

Dieses Nachschlagewerk lässt Sie vor keinem Redetermin im Stich! Sie haben damit die Gewissheit, jederzeit optimal vorbereitet zu sein – und somit Ihre Zuhörer immer zu fesseln und zu überzeugen!

Profitieren Sie von unserem Angebot:

Erfolgreiche Musterreden für Führungskräfte – Rhetorikhandbuch mit Musterreden, praktischen Hinweisen zur Redepsychologie und Redetechnik, Zitatenschatz. Herausgeber: M. Rüdener/Dr. Olav J. Böhme. Ausstattung: Loseblattsystem in stabilem Ordner. Umfang: Grundwerk zurzeit ca. 500 Seiten. Preis: Fr. 248.–. Bestell-Nr.: 19 300. Aktualisierungs- und Fortsetzungsservice: 3 bis 4 Lieferungen jährlich; werden dem Besteller des Grundwerkes sofort nach Erscheinen zugesandt (Seitenpreis 56 Rappen). Abbestellung jederzeit möglich.

Am besten bestellen Sie sofort, indem Sie den untenstehenden Coupon in ein Couvert stecken und einsenden an:

Weka-Verlag AG,
Hermetschloostrasse 77, Postfach, 8010 Zürich, Tel. (01) 432 84 32.

Sofort-Bestellschein

Ich bestelle zur Fortsetzung

Ex. «Erfolgreiche Musterreden für Führungskräfte»
ca. 500 Seiten, Fr. 248.– (Bestell-Nr. 19 300).
3 bis 4 Aktualisierungen jährlich (Seitenpreis 56 Rappen).
Abbestellung jederzeit möglich.

Herr/Frau: _____ Firma: _____
Strasse: _____ Plz/Ort: _____
Branche: _____ Datum: _____
Unterschrift: _____

Der aktuelle Fachverlag für den aktiven Unternehmer

WEKA

WEKA-VERLAG AG
Hermetschloostr. 77
Postfach
8010 Zürich
Tel. (01) 432 84 32

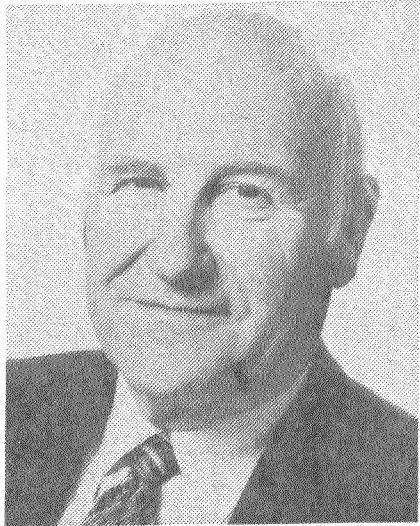
WK 5055
FDPWEKA000

Ja zu «Bahn 2000»

Investitionen für den öffentlichen Verkehr

Bereits seit Jahren setzt sich FDP-Nationalrat Kurt Müller (Meilen ZH) für die Förderung des öffentlichen Verkehrs ein. Er befürwortet deshalb auch das Projekt «Bahn 2000» und begründet nachstehend seine Haltung:

Der öffentliche Verkehr ist umweltfreundlicher und braucht weniger Energie; er ist zur Entlastung der Hauptverkehrsachsen und der Agglomerationen unerlässlich, wenn wir nicht einfach weiterhin neue Strassen bauen wollen. Die FDP hat bei der Förderung des öffentlichen Verkehrs das Hauptgewicht immer auf die Investitionen gelegt, durch die die Attraktivität von Bahn und Bus dauerhaft erhöht werden kann. Das ist auch dringend nötig, stammen doch die weitaus meisten Strecken und Bahnhöfe aus dem letzten Jahrhundert; nur ganz wenige sind in den letzten Jahrzehnten neu gebaut worden.



des Rollmaterials und die Verbesserung der Information sowie der Kundenbetreuung.

Vertretbarer Landbedarf

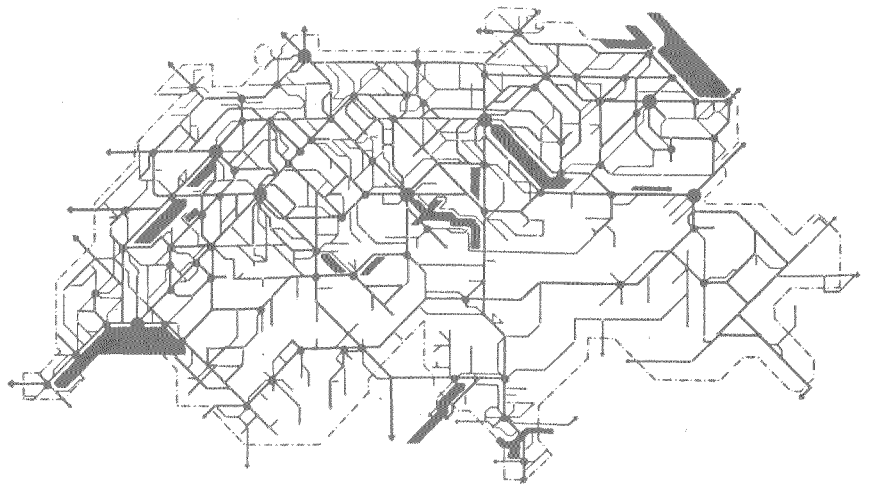
Um dieses Konzept zu verwirklichen, sind vier Neubaustrecken (Mattstetten-Rothrist zwischen Olten und Bern, Vauderens-Villars-sur-Glâne, Muttenz-Olten, Zürich-Flughafen-Winterthur) nötig, für die etwa die Hälfte der 5,4 Mia. Fr. aufgewendet werden müssen, und ferner der Ausbau einer grossen Zahl von bestehenden Anlagen. Die Neubaustrecke Mattstetten-Rothrist war Anlass zur Ergreifung des Referendums gegen das Konzept «Bahn und Bus 2000», über das am 6. Dezember abgestimmt wird. National- und Ständerat haben sich im Raume Olten-Bern für die Va-

Kein Griff nach Treibstoffgeldern

Die mit «Bahn 2000» bedingten zusätzlichen Investitionen der konzessionierten Transportunternehmen (KTU), also der Privatbahnen, werden wie bis anhin gemäss Eisenbahngesetz durch Bund und Kantone finanziert. Der Bundesanteil, der für die Jahre 1988 bis 2000 auf 947 Mio. Franken (inkl. Vereinarbeit) oder rund 75 Mio. Franken pro Jahr geschätzt wird, geht zulasten der Finanzrechnung.

Zusammenfassend: Mit der Realisierung von «Bahn 2000» entstehen dem Bund vorübergehend Mehrbelastungen, da für den öffentlichen Verkehr – im Gegensatz zum Strassenbau – keine zweckgebundenen Mittel zur Verfügung stehen. Diese zusätzlichen Aufwendungen sind vertretbar, da dafür der öffentliche Verkehr besser und attraktiver gestaltet werden kann. Sie sind zudem im Rahmen des Gesamthaushaltes des Bundes tragbar, da sie nur vorübergehenden Charakter haben. Zudem sind sie ein realistischer und realisierbarer Beitrag zum Umweltschutz. Ein Zugriff auf die Treibstoffzollgelder für die Finanzierung von «Bahn 2000», wie dies gewisse Kreise befürchten, ist auf Grund der heutigen Rechtslage nicht zulässig; Änderungen der Zweckbestimmung dieser Gelder könnten zudem nur über den Weg einer Volksabstimmung erfolgen.

Nationalrat Peter Aliesch (FDP, GR)



«Bahn und Bus 2000» auf einen Blick

Ein System von gleichzeitig bedienten Knoten, verteilt über die ganze Schweiz, mit guten Anschlüssen zwischen Bahn und Bus ist die Grundlage für eine landesweite bessere Bedienung.

der Attraktivität der öffentliche Verkehr seinen Anteil am gesamten Verkehrsaufkommen halten oder verbessern kann. Die Verkehrszunahme auf der Strecke Zürich-Bern um über 75 Prozent durch vermehrte Züge und besseres Rollmaterial, um über 50 Prozent auf der Forchbahn und in starkem Masse auf den Berner Vorortsbahnen und an der «Goldküste» am Zürichsee nach Verbesserung des Angebots lassen diese Erwartungen als realistisch erscheinen. Allein das Halten des bisherigen Anteils im Personenverkehr dürfte bis zum Jahre 2000 infolge der immer noch wachsenden Mobilität zu einer Zunahme der Personenkilometer um einen Drittel führen, was zur Deckung der gesamten Zusatzkosten einschliesslich Abschreibung und Verzinsung des Infrastrukturausbau genügen würde. Die Kosten sollen durch den Bund vorgeschossen, später durch den

Mehrverkehr gedeckt und amortisiert werden.

Das Konzept «Bahn und Bus 2000» bringt die Möglichkeit in der Förderung des öffentlichen Verkehrs, zu der sich auch die FDP in ihren Zielsetzungen bekennt, landesweit von den Worten zu den Taten überzugehen. Es bringt eine wesentliche Verbesserung der Dienstleistungen des öffentlichen Verkehrs in der ganzen Schweiz. Ein zweiter Schritt wird dann die – bereits geplante – Einbindung in das internationale Schienennetz mit einer Alpenbasislinie sein. Ohne dass heute der erste Schritt getan wird, wird aber der zweite nie getan werden können. Das Projekt «Bahn und Bus 2000» ist sorgfältig erarbeitet und von den eidgenössischen Räten eingehend geprüft worden; die Delegierten der schweizerischen FDP haben ihm mit 173 gegen 17 Stimmen zugestimmt.

Besseres Angebot

Das Konzept «Bahn und Bus 2000» strebt eine wesentliche Verbesserung des Dienstleistungsangebots im öffentlichen Verkehr an. Die Reisezeiten sollen verkürzt werden, indem mehr direkte Verbindungen geschaffen, die Reisegeschwindigkeiten erhöht und die Umsteigezeiten reduziert werden. Vor allem für letzteres dient ein neues «Knotensystem», das ermöglicht, dass die Züge «gebündelt» in den Knotenbahnhöfen zu ähnlichen Zeiten ein- und wieder ausfahren. Das neue Konzept ist – im Gegensatz etwa zur NHT-Vorlage flächendeckend, bringt also allen Regionen der Schweiz direkt oder indirekt Vorteile. Ein wesentlicher Punkt ist die allmähliche Erneuerung

riante Süd plus entschieden, die sowohl die nötige Verkürzung der Reisezeit Zürich-Bern zur Verwirklichung besserer Umsteigezeiten wie auch durch den Einbezug der Linie Herzogenbuchsee-Solothurn die Integration der Jura-fusslinie und damit aller Jurakantone in das System bringt.

Es ist unbestritten, dass die neue Linienführung wertvolles Landwirtschafts- und Waldland beansprucht. Aber die Proportionen sollten nicht übersehen werden. Nach dem Projektstand Oktober 1987 braucht «Bahn und Bus 2000» für alle vier Neubaustrecken von 117 km Länge 115 ha Land. Die Schliessung der Lücke der N1 zwischen Murten und Yverdon allein benötigt 170 ha, der Bau der N4 durch das Knonauer Amt 94 ha. Auch die 78 ha Land, die zwischen Mattstetten und Rothrist benötigt werden, erscheinen in einem etwas anderen Licht, wenn man bedenkt, dass in den betroffenen Gemeinden noch 560 ha unüberbautes Land eingezont sind – siebenmal mehr als für die Eisenbahn gebraucht wird. Die Räte haben der Einpassung dieser Strecke in die Landschaft grosse Aufmerksamkeit geschenkt und einen zusätzlichen Spezialkredit von 40 Mio. Fr. dafür bewilligt. Von den «umstrittenen» 45 km Eisenbahnlinien führen 12,8 km entlang von Autobahnen oder Hauptverkehrsstrassen, 8 km auf bestehenden Eisenbahnlinien und 11,5 km in Tunnels; 7,0 km führen neu durch Wald und 6,5 km durch Landwirtschaftszonen. Auch diese Opfer sind für die Betroffenen schmerzlich; aber im Vergleich zum Nutzen, den das grosse Werk bringt, sind sie absolut vertretbar.

Finanzierung durch Mehrverkehr

Für die Verwirklichung des Konzepts «Bahn und Bus 2000» sind folgende Bundesmittel (Preisbasis 1985) nötig: Infrastruktur der SBB 5,4 Mia. Fr.; neues Rollmaterial der SBB rund 1,3; konzessionierte Transportunternehmen 1,0; insgesamt rund 7,7 Mia. Fr.

SBB und Bundesrat rechnen damit, dass mit der Steigerung



Animiert verlief an der Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz ein Podiumsgespräch zu «Bahn 2000», bei dem Befürworter und Gegner die Klängen kreuzten. Daran nahmen teil (v. l. n. r.) SBB-Generaldirektor Michel Crippa (als Experte), FDP-Nationalrat Pierre Etique und FDP-Nationalrätin Vreni Spoerry-Toneatti (die beide für ein Ja plädierten), FDP-Nationalrat Peter Aliesch, der das Gespräch leitete, sowie die beiden Gegner SVP-Nationalrat Paul Luder und FDP-Kantonsrat Roman Schreier. (Photo ruti)



Ein Beitrag zur Parteigeschichte des schweizerischen Freisinns von Dr. Eugen Dietschi alt Ständerat, Basel

Eine Weihnachtsidee für politisch und geschichtlich Interessierte

Politik aus erster Hand vermittelt das Buch «60 Jahre eidgenössische Politik». Sein Autor ist der unlängst verstorbene alt Ständerat Dr. Eugen Dietschi, der auch während Jahren Präsident der FDP der Schweiz war. Es ist eine zum grössten Teil aus eigenem Miterleben gestaltete Darstellung der letzten sechs Jahrzehnte eidgenössischer Politik und – wie es auch im Untertitel lautet – «ein Beitrag zur Parteigeschichte des schweizerischen Freisinns». Das Werk richtet sich sowohl an den politisch wie aber auch geschichtlich interessierten Leser. – Dank einer Zusatzaufgabe konnte der ursprüngliche Preis von 38 Franken auf 28 Franken reduziert werden.

Ich bestelle ... Ex. «60 Jahre eidgenössische Politik» (Dietschi) zum Preis von je Fr. 28.– (statt 38.–) inkl. Porto und Verpackung

Name, Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Bitte einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern



«Wer im Beruf an der Spitze steht, der wird auch bei seinen privaten Vermögensanlagen Spitzenleistungen fordern. Fordern Sie uns.»

Conrad Schwyzer
Teilhaber



Spezialisiert auf aktive Vermögensverwaltung

Bank Sarasin & Cie., Freie Str. 107, 4002 Basel
Bank Sarasin & Cie., Talstr. 66, 8022 Zürich
Sarasin Investment Management Limited,
Sarasin House, 5/6 St. Andrew's Hill, London EC4V5BY

Manchmal hat man den Eindruck, diese Bank sieht die präzise Platzierung weit voraus.



Jeder Erfolg hat seine Geschichte. Und jede Geschichte hat ihren Anfang. Vor allem im Bankgeschäft kann sie nur damit beginnen, dass man die Ziele präzise definiert. Dafür sind Anhaltspunkte, Informationen, Daten, Erfahrungen und Empfehlungen nötig. Da trifft es sich gut, dass wir auf unser fein gewobenes Netz aus Informationen und Beziehungen zurückgreifen können, das rund um die Welt und rund um die Uhr funktioniert. Ziele sind schliesslich dazu da, getroffen zu werden. Und nicht, um betroffen daneben zu stehen.

BANK VONTOBEL
Zürich

persönlich – professionell
Bank J. Vontobel & Co. AG,
Bahnhofstrasse 3, CH-8022 Zürich,
Schweiz, Tel. 01 488 7111.
Vontobel USA Inc.,
450 Park Avenue, New York, N.Y.
10022, USA, Tel. (212) 415-7000.

FDP-Sportjacke: Noch wenige Exemplare

Von den beliebten FDP-Sportjacken haben wir in der Grösse S noch einige wenige Exemplare. Wir geben sie deshalb vergünstigt zu Fr. 50.- ab! Die FDP-Sportjacke gibt warm, hat abnehmbare Ärmel und kann darum auch als Gilet getragen werden. Zwei grosse Aussentaschen und eine Innentasche machen sie praktisch. Die Jacke lässt sich problemlos in der Waschmaschine waschen.

Mit der FDP-Sportjacke sind Sie auch in diesen kalten Tagen wohlbehütet.



Ich bestelle . . . Sportjacke(n), Grösse S à Fr. 50.- (plus Porto und Verpackung).

Name _____
Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____

Talon einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

JBS-Parolen für den 6. Dezember

Ja, Ja, Nein

Der Delegiertenrat der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS) hat die Parolen für die Volksabstimmung vom 6. Dezember gefasst. Der Delegiertenrat der JBS beschloss mit grossem Mehr die Ja-Parole für das Konzept «Bahn 2000» und die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (Mutterschaftstaggeld). Für die Initiative «zum Schutze der Moore» (Rothenthurm-Initiative) wurde die Nein-Parole beschlossen.

Das Konzept «Bahn 2000» wurde vom Präsidenten der Generaldirektion der SBB, Werner Latscha, vorgestellt. Werner Latscha führte aus, dass das heutige System des öffentlichen Verkehrs nur mit einer Verkürzung der Fahrzeiten und Verbesserung der Anschlüsse effizient betrieben werden kann. Gezielter Neubau von Strecken – nur so viele wie nötig – und der Ausbau des bestehenden Netzes sind daher unumgänglich. Herr Latscha betonte immer wieder, dass am 6. Dezember über das Gesamtkonzept «Bahn 2000» abgestimmt würde, ein Konzept «Bahn 2000» ohne Neu- und Ausbau ist nicht realisierbar.

Die letzten Nationalratswahlen waren für die JBS ein Teilerfolg. Einerseits hat die Liste der Jungliberalen Kanton Zürich (JLZ) beim erstmaligen Antreten bei nationalen Wahlen mit über 40 000 Stimmen einen beachtlichen Erfolg erzielt. Sie war die stärkste Jugendpartei des Kantons Zürich. Im Kanton Solothurn ist der von den Jungliberalen des Kantons Solothurn und der FDP-Bezirkspartei Gäu aufgestellte Rolf Büttiker sogar glänzend in den Nationalrat gewählt worden. Dies ist

somit der erste Jungliberale seit Jahren, der im Nationalrat Einsitz nimmt. (JBS)

**JBS-Mitglied
Vizepräsident der IFLRY**

Der Liberale Weltjugendbund (IFLRY) feiert dieses Jahr seinen 40. Geburtstag. Die «Jungliberale Bewegung der Schweiz» (JBS) ist Gründungsmitglied des Weltjugendbundes. Der internationale Sekretär der JBS, Andreas Gasche (Solothurn) wurde jüngst an dessen Kongress als Vizepräsident in den Vorstand der IFLRY gewählt. Gasche ist seit 1984 Mitglied des Zentralvorstandes der JBS, verantwortlich für die internationale Arbeit der JBS. Der Kongress befasste sich mit der politischen Linie des Weltbundes für die nächsten zwei Jahre. Man beschloss die traditionsreiche Ost-West-Politik weiterzuführen und dabei auch die 1986 wiederaufgenommene Arbeit im «europäischen Ost-West-Jugendwerk» zu vertiefen. Weiter will der Kongress die Nord-Süd-Politik des Weltbundes ausbauen und vor allem seine Beziehungen mit Lateinamerika verstärken. Am Kon-

**Terminkalender
der FDP
der Schweiz**

- Januar**
22. Delegiertenrat
- Februar**
Session: 29.–18. 3.
- März**
11. Delegiertenrat
- April**
22. Delegiertenrat (Lugano)
22./23. ord. Delegiertenversammlung/
Parteitag (Lugano)
- Juni**
Session: 6.–24.
12. Eidg. Volksabstimmung
- August**
26. Delegiertenrat
27. a. o. Delegiertenversammlung (Bern)
- September**
Session: 19.–7. 10.
25. Eidg. Volksabstimmung
- Oktober**
28. Delegiertenrat
29. a. o. Delegiertenversammlung (Bern)
- November**
Session: 28.–16. 12.
- Dezember**
4. Eidg. Volksabstimmung
7. Vereinigte Bundesversammlung

gress waren zum ersten mal, seit der Weltbund sich 1983 von einer europäischen zu einer internationalen Organisation erweiterte, auch acht Delegierte aus verschiedenen lateinamerikanischen Ländern anwesend. (JBS)

Ja zur Kranken- und Mutterschaftsversicherung

«Ein fairer Kompromiss»

Als einer der «Väter» der am 6. Dezember zur Abstimmung gelangenden Kranken- und Mutterschaftsversicherung (KMVG) darf Ständerat Arthur Hänsenberger bezeichnet werden. Der freisinnige Berner Standesherr erläutert die Gründe, weshalb die Vorlage ein Ja verdient:

«Wir unterstützen die vom Parlament beschlossene Regelung des Mutterschaftsschutzes im Rahmen der Erwerbsersatzordnung.» Dieser Satz steht nicht anderswo, sondern in den «Zielsetzungen 87/91» der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), auf Seite 94, unten als Postulat 13. Ob es mit der Zahl 13 zu tun hat, weiss ich nicht, aber für mich ist es doch erstaunlich, wie viele Freisinnige sich über diesen Punkt im Programm hinwegsetzen. Wir stellen unsere Glaubwürdigkeit in Frage.

Es darf nicht beim Status quo bleiben

Es ist klar, dass es keine Suppe gibt, in der nicht ein Haar gefunden wird, wenn man den Kopf lange genug darüber schüttelt. Aber gerade dieses KMVG ist meines Erachtens eine faire Konsenslösung. Nach dem gleichen Solidaritätsprinzip finanziert wie die AHV und die IV, ist die Mutterschaftsversicherung gerecht und sozial und führt zu keiner Benachteiligung der Frau auf dem Arbeitsmarkt.

Sicher, es handelt sich um einen Kompromiss, aber um einen guten. Es wäre ein Trugschluss, die Vorlage am 6. Dezember abzulehnen, in der Hoffnung, nachher werde bald wieder eine neue Vorlage präsentiert. Sowohl Bundesrätin Kopp als auch Bundesrat Cotti haben in den letzten Tagen davor gewarnt. Bei einem Nein bleibt auf viele Jahre alles beim alten, und das ist nicht gut.

Langjähriges Ringen

1964 wurde das Krankenversicherungsgesetz zum letztenmal revidiert. Spätere Revisionsversuche misslangen. Eine Volksinitiative und der Gegenvorschlag wurden 1974 verworfen. Es folgten zahlreiche parlamentarische Vorstösse, die letztlich eine Totalrevision gerechtfertigt hätten. Die Landesregierung beschränkte sich aber 1975 auf eine Teilrevision. Aber auch dieser Vorlage wurden noch Zähne gezogen. Der Nationalrat strich alle Punkte, die er als nicht konsensfähig und nicht dringlich erachtete.

Trotzdem dauerten die Beratungen in den eidgenössischen Räten, besonders im Nationalrat, lange, und eine Lösung zeichnete sich erst ab, als das Mutterschaftstaggeld aus der obligatorischen Krankentaggeldversicherung der Erwerbstätigen herausgelöst wurde und damit die vom Bundesrat vorgeschlagene obligatorische Taggeldversicherung (die vom Nationalrat angenommen worden war und die Lohnprozente und nicht Lohnpromille gekostet hätte) aus der Vorlage entfernt wurde. Schliesslich haben

Die FDP der Schweiz hat an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung die Ja-Papole zu der am 6. Dezember zur Abstimmung gelangenden Revision der Kranken- und Mutterschaftsversicherung beschlossen. Sie finden deshalb an dieser Stelle einen befürwortenden Artikel, obwohl zahlreiche Kantonalparteien anderslautende Abstimmungsempfehlungen herausgegeben haben. Die Argumente für eine Ablehnung der Vorlage finden Sie in dem alle drei Abstimmungsvorlagen zusammenfassenden Beitrag auf Seite 3.



sich, eigentlich verwunderlich, nach dem jahrelangen Entscheidungsprozess überwältigende Mehrheiten für diese Vorlage ergeben: im Nationalrat mit 147 zu 7 Stimmen in der Schlussabstimmung vom 20. März 1987 und im Ständerat mit 39 Stimmen ohne Gegenstimme. Ärzte und Krankenkassen unterstützen die Vorlage weitgehend.

Widerstand berechtigt?

Gegen die vom Parlament beschlossene Revision der Kranken- und Mutterschaftsversicherung hat der Gewerbeverband das Referendum ergriffen. Der Widerstand richtet sich dabei primär gegen das neugeschaffene Mutterschaftstaggeld und, etwas versteckt, auch gegen den verbesserten Kündigungsschutz für die schwangere Frau. Die Gegner führen ins Feld, dass die neue Mutterschaftsversicherung Hunderte von Millionen koste, statt dass die Gesetzesrevision zu einer Kostendämmung im Gesundheitswesen führe. Die 0,3 Lohnprozente, die nötig sind, um das Mutterschaftstaggeld zu finanzieren, werden als unerträglich bezeichnet. Sind sie das wirklich?

Ein fairer Kompromiss

Ich sehe in der Vorlage einen fairen Kompromiss. Die Revision der Krankenversicherung bringt eine Kostendämmung, und die Mutterschaftsversicherung im Rahmen der Erwerbsersatzordnung benützt eine einfache Lösung. Nach dem gleichen Solidaritätsprinzip wie AHV, IV und EO ist die Mutterschaftsversicherung gerecht und sozial und verhindert jede Benachteiligung der Frau auf dem Arbeitsmarkt. Die Mutterschaftsversicherung sieht für alle Mütter, erwerbstätig oder nicht, während 16 Wochen ein Taggeld von 39 bis 117 Franken vor. Ein Betrag, der für viele junge Ehepaare, besonders auch Gewerbler, hochwillkommen sein kann, und ein Betrag auch, der stark ins Gewicht fällt bei alleinstehenden Müttern, denen nach all den Versprechen bei Ablehnung der Fristenlösung sicher geholfen wird ohne Schikane.

Zusammenfassend enthält die Vorlage folgende wesentliche Punkte:

- Es sind einige unerlässliche Leistungsverbesserungen aufgenommen worden.
- Die Kostenentwicklung in der Krankenversicherung wird gedämpft, und die Selbstbeteiligung der Versicherten wird erhöht.
- Die Finanzierung durch die öffentliche Hand wird verbessert.
- Es wird ein Mutterschaftstaggeld geschaffen.
- Der Kündigungsschutz für die schwangere Frau wird verbessert.

Und im übrigen steht die zur Abstimmung gelangende Vorlage in Übereinstimmung mit den «Zielsetzungen 87/91» der FDP der Schweiz.

Kopp: «KMVG-Revision notwendig, massvoll und sozial gerechtfertigt»

Die heute geltende Situation in der Krankenversicherung ist unbefriedigend. Wie lange wurde jetzt schon an der nun vorliegenden Gesetzesvorlage – im buchstäblichen Sinne des Wortes – herumgedokert? Nach vielen Anläufen haben wir endlich einen Kompromiss gefunden. Er befriedigt zwar nicht in allen Teilen vollständig, stellt aber trotzdem einen beachtlichen Fortschritt dar. Diese Vorlage muss deshalb die Hürde der Volksabstimmung nehmen. Wir müssten sonst noch über Jahre mit der unbefriedigenden heutigen Lösung leben. Die vorgeschlagene Revision ist nicht das Ei des Kolumbus, sie ist jedoch notwendig, massvoll und sozial gerechtfertigt.

Ausserdem können wir mit unserem Ja am 6. Dezember zur Revision des Kranken- und Mutterschaftsversicherungsgesetzes (KMVG) eine alte Pendeuz unter Dach und Fach bringen, schreibt uns doch die Bundesverfassung seit 40 Jahren vor, dass eine Mutterschaftsversicherung einzurichten sei. Bundesrat und Parlamentsmehrheit haben seinerzeit die Initiative für eine Mutterschaftsversicherung mit dem Einwand bekämpft, diese Frage sei im Zusammenhang mit der KMVG-Revision zu lösen. Genau das wird nun vorgeschlagen. Diese Vorlage wieder abzulehnen, das würde die Geduld der Frauen zu arg strapazieren. Einmal müssen und wollen wir den Wechsel einlösen.

Die Haupteinwände gegen die Vorlage kommen aus ge-

werblichen Kreisen, die sich gegen die Mutterschaftsversicherung wehren, dabei aber nicht wahrhaben wollen, dass es gerade diese Neuerung war, die letztlich eine gemeinsame Grundlage für einen Kompromiss ermöglichte. Ich werde den Verdacht nicht los, dass viele Argumente gegen die Mutterschaftsversicherung nur zum Schein vorgetragen werden, weil man sich dagegen wehrt, diese Lücke im sozialen Netz endlich einmal zu schliessen.

Zum Beispiel das Giesskannenprinzip. Da werden nun schwangere Direktorenfrauen heraufbeschworen, die in Scharen quasi unverdientermassen in den Genuss eines Taggeldes kommen sollten. Wenn aber die Gutverdienenden ein Sozialwerk mit ihren Lohnprozente mitfinanzieren, dann sollen sie auch in den Genuss der Leistungen kommen. Das ist bei der AHV nicht anders.

Schliesslich scheinen gewisse Gewerbler ganz zu vergessen, dass es unter den materiell bessergestellten möglichen Müttern auch zahlreiche Selbständigerwerbende und Frauen in Kaderpositionen gibt, die vielleicht nicht zuletzt auch aus finanziellen Gründen kinderlos bleiben wollen oder müssen. Ich glaube, dass wir für einmal die vielzitierte Giesskanne aus dem Spiel lassen dürfen, obschon ein gewisser Streuverlust, jedoch in durchaus zu verkraftendem Masse, nicht von der Hand zu weisen ist.

Dass die neue Mutterschaftsversicherung einen Babyboom



auslösen würde, weil sich mit einer Schwangerschaft ein paar tausend Franken verdienen lassen, das glaubt ja nun wirklich niemand. Rund 75 000 neue Erdenbürger wurden vorletztes Jahr geboren. 1970 waren es noch 99 000. Ein Anstieg der Geburtenrate dank dieser neuen sozialen Errungenschaft wäre nicht zu verachten, auch aus ökonomischen Gründen. Wer bezahlt denn schliesslich unsere AHV in zwanzig oder dreissig Jahren?

Ungefähr so alt, wie der Verfassungsauftrag ist, so alt sind in der Zwischenzeit auch die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Bedeutung der Betreuung in der Frühkindheit durch eine feste Bezugsperson, am besten natürlich durch die Mutter. Auch dieses – für einmal nicht politische – Argument spricht für ein Ja zur KMVG-Revision.

(Auszug aus der Stellungnahme von Bundesrätin Elisabeth Kopp an der Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz vom 31. Oktober 1987 in Bern)

La Paz macht sie wild.



Unverfälscht wild. Aber doch aromatisch leicht. Das sind Wilde Cigarillos von La Paz. Die ein Büschel am Brandende freilassen, das ein Stück wilder Natur nach aussen kehrt. Weil sie zeigen dürfen, dass sie aus einer Mischung dutzender, nur reiner Tabake gemacht sind. Und deshalb keine künstliche «Geschmacksaufbesserung» nötig haben.

Sorgsam mélangiert und liebevoll mit kostbaren Deckblättern umhüllt. Ehrlich eben.

Wilde Cigarillos von La Paz. Ehrlichkeitshalber.

Cigarros Autenticos.



Nein zur «Rothenthurm-Initiative»

Auer: «Gute und üble Ziele»

«Gute und üble Ziele» verfolgt nach Ansicht von Nationalrat Dr. Felix Auer (Bottmingen BL) die «Rothenthurm-Initiative». Seine Haltung begründet er wie folgt:

Ein Nein zur «Rothenthurm-Initiative» ruft möglicherweise dem Vorwurf, vor den Wahlen habe man sich «grün» etikettiert. Aber jetzt, wo es darum geht, wirklich etwas zur Erhaltung der Natur zu tun, schließe man sich in die Büsche. So einfach ist dies offenbar: Wer ernsthaft Umweltschutz wolle, müsse auch gegen einen Waffenplatz in Rothenthurm sein. Noch einfacher ist es, aus der Streitfrage ein Bekenntnis zur Landesverteidigung machen zu wollen: Wer für die Armee sei, müsse die Initiative selbstverständlich ablehnen.

Nicht in den gleichen Topf!

Aber so einfach ist es nicht! Gewiss gehören zum Umkreis der Initianten auch Leute, denen es für wahr nicht um Naturschutz geht, sondern um eine willkommene Gelegenheit, gegen die Armee und das «System» zu agitieren, und auch solche, die den vom EMD bezahlten Landpreis zu niedrig finden oder mit der vorgesehenen Verhinderung der traditionellen Torfausbeutung für den Eigenbedarf nicht einverstanden sind. Das darf uns aber nicht dazu verleiten, die Befürworter der Initiative in den gleichen Topf zu werfen und ihnen einfach Armeefeindlichkeit vorzuwerfen. Es hat nämlich darunter auch Offiziere und Soldaten, linker und bürgerlicher Observanz, an deren positiver Einstellung zur Landesverteidigung nicht zu zweifeln ist.

Armee contra Umweltschutz?

Zweierlei kann jedenfalls festgestellt werden: Erstens hat die Armee bei der Planung des Waffenplatzes zugunsten des Naturschutzes erhebliche Einschränkungen in Kauf genommen. Diese mindern die militärische Verwendung der Anlage erheblich. Das Kasernenareal und das Infanteriegelände befinden sich ausserhalb des Schutzperimeters, ebenso der Zielhang des Aufklärungsgeländes, dieses selbst nur zu einem Teil innerhalb davon. Dieses Gelände liegt in der Übergangszone vom Landwirtschafts- zum Hochmoorgebiet und soll just vor der Kultivierung geschützt werden – durch die Armee! Im Aufklärungsgelände werden rund zwei Drittel als Sperrzone ausgeschieden, die durch die Truppe nicht betreten werden dürfen.

Man darf zweitens ohne Übertreibung behaupten, dass bei der Planung einer militärischen An-



lage den Problemen des Naturschutzes und denjenigen der Landwirtschaft noch kaum je so sorgfältig und subtil Rechnung getragen worden ist wie gerade beim Projekt Rothenthurm! Naturschutzinstanzen und -fachleute haben von Anfang an mitgewirkt. Die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission hat seit 1978 in mehreren Vernehmlassungen Stellung genommen. Ihren Anliegen ist durch das EMD voll Rechnung getragen worden. Die erwähnten Auflagen sind nicht bloss Versprechen, sondern in Verträgen festgehalten, u. a. mit den Kantonen Schwyz und Zug.

Armee nimmt Rücksicht

Deshalb aber zu behaupten, der Waffenplatz Rothenthurm und sein Betrieb hätten überhaupt keinen negativen Einfluss auf die Umwelt, wäre falsch. Das gilt für jedes militärische Übungsgelände. Dazu vier Bemerkungen: Erstens müssen, wie die erfolgreichen Bemühungen des EMD auf anderen Waffenplätzen zeigen, Naturschutz und militärische Nutzung nicht unbedingt Gegensätze sein. Das EMD hat auf bundeseigenen Waffenplätzen grössere Naturschutzgebiete ausgeschieden, die sonst nicht bestehen würden.

In der Schweiz hatten wir zweitens einst etwa 10 000 ha Hochmoore, heute nur noch etwa 1450 ha, davon bloss ein Drittel relativ ungestörtes Gelände. Seit Mitte des letzten Jahrhunderts sind rund 90% der Feuchtgebiete entwässert, aufgeschüttet oder überbaut worden. Der Rückgang ist weiter durch die Gewinnung von Torf, durch Meliorationen und intensive landwirtschaftliche Nutzung verursacht worden. Gefährdet sind die Restbestände auch durch Entwässerungen von ihren Rändern her, durch intensive

Düngung in der Umgebung und durch Schadstoffe in der Luft. Dass eines der letzten grösseren Hochmoore des Landes, jenes von Rothenthurm, auch nicht mehr ist, was es einst war, ist auf «zivile» Eingriffe zurückzuführen und nicht auf solche der Armee. Ohne deren Einfluss ist allein in den letzten 8 Jahren über ein Fünftel – rund 38 ha – der Rothenthurer Hochmoorfläche verschwunden, vorwiegend durch landwirtschaftliche Nutzung.

Drittens bedürfen Hochmoore und andere Biotope nicht nur des rechtlichen Schutzes, beispielsweise vor Torfausbeutung oder intensiver landwirtschaftlicher Nutzung, sie bedürfen auch der Pflege. Dass die Bauern für ihre Leistungen zugunsten der Naturerhaltung und für Ertragsausfall entschädigt werden sollten, den die verminderte Bewirtschaftung zur Folge hat, versteht sich von selbst. Die abgeschlossene Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes sichert dies zu, nicht aber die Initiative.

Viertens gilt alleweil auch das Verhältnismässigkeitsprinzip. Es macht etwas misstrauisch, wenn zum einen in lyrisch bewegten Worten die Einzigartigkeit des Jahrtausende alten Hochmoors besungen wird, seine Ruhe und Stille, nur gelegentlich unterbrochen durch das Zirpen von Grillen und das Piepsen glücklicher Vögel. Wenn aber zum andern der zunehmende Tourismus, kreischende Moto-Cross-Rennen und lärmige Modellflugzeuge klaglos geduldet werden. Wo blieben da die Initianten?

Widersprüche

Das erste Ziel der Initiative – der Schutz der «Moore und Moorlandschaften» – ist zu begrüssen. Neben den guten gibt es auch üble Ziele. Insbesondere ist auf drei Mängel bzw. Widersprüche hinzuweisen: Es ist erstens zwar einigermaßen klar, was unter «Moor» zu verstehen ist. Aber bei der Definition von «Moorlandschaften» gehen selbst bei den Initianten die Meinungen auseinander. Die Initiative greift zweitens nur einen kleinen Sektor des notwendigen Biotopschutzes heraus und will diesen auf Verfassungsebene privilegiert behandeln – eben die Moore und Moorlandschaften –, vernachlässigt aber die anderen schützenswerten und teilweise mindestens ebenso gefährdeten Lebensräume, wie Trockenstandorte, Uferbereiche, Feuchtgebiete, Auenwälder.

Drittens ist die Kompetenz des Bundes zum Schutz nicht nur der Moore, sondern auch der erwähnten anderen Lebensräume für Tiere und Pflanzen in der Bundesverfassung bereits gegeben. Es bedarf dazu der Initiative nicht. Es ist aber ihr Verdienst, dass die entsprechende Gesetzgebung nachgeholt worden ist, eben mit der erwähnten Revision des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz. Sie geht, was den Schutz der Biotope betrifft, wesentlich weiter als die Initiative. Deren Gutheissung würde jedoch die Inkraftsetzung des Gesetzes verunmöglichen, weil sie in Widerspruch stände zur vorgesehenen Einschränkung der landwirtschaftlichen Nutzung.

Das zweite Ziel des Volksbegehrens – die eigentliche Crux und von den Initianten selbst als Hauptsache bezeichnet – ist die Übergangsbestimmung. Diese verlangt die Rückgängigmachung all dessen, was seit dem 1. Juni 1983 zugunsten des Ausbaus des Waffenplatzes Rothenthurm unternommen worden ist, also dessen Verhinderung, insbesondere des vorgesehenen Aufklärungsgeländes. Es soll somit via Verfassung quasi ein rückwirkendes Referendum eingeführt werden gegen rechts zustande gekommene Parlamentsbeschlüsse. Auch wegen dieser staatsrechtlich bedenklichen Konstruktion sollte die Initiative abgelehnt werden.

Kopp: Nein zur Rothenthurm-Initiative auch aus Umweltschutzgründen

Ich bin seit vielen Jahren Mitglied des Schweizerischen Bundes für Naturschutz, der unlängst die Ja-Parole für die Abstimmung über die Rothenthurm-Initiative beschlossen hat. Als Vorsteherin des EJPD fällt zudem die Raumplanung in meine Kompetenz, deren Aufgaben unter anderem darin bestehen, die natürlichen Lebensgrundlagen wie Boden, Luft, Wasser, Wald und die Landschaft zu schützen. Trotzdem empfehle ich im Namen des Bundesrates, die Rothenthurm-Initiative abzulehnen.

Was den Schutz der Natur betrifft, geht der indirekte Gegenvorschlag des Bundesrates nämlich viel weiter als die Initiative: Diese will sich nur für den Schutz von Mooren und Moorlandschaften einsetzen, während der Gegenvorschlag auch den Biotop-Schutz ganz allgemein umfasst. Es gibt neben den Mooren schliesslich auch noch Auenwälder, Uferbereiche oder blumenreiche Heumatten. Die dafür nötigen Schutzmassnahmen sind im geltenden Verfassungsrecht bereits enthalten. Mit der Änderung des Natur- und Heimatschutzgesetzes, die auf den 1. Januar 1988 in Kraft gesetzt werden soll, ist ein viel umfangreicherer Schutz möglich.

Von der militärischen Notwendigkeit des Waffenplatzes

musste man mich nicht überzeugen. Dies waren offensichtlich auch ortsansässige Bauern zu einem grösseren Teil. Sonst hätte die Oberallmeinkorporation Schwyz wohl kaum jüngst mit einem Stimmenverhältnis von 2:1 beschlossen, auf die vertraglichen Rückkaufsrechte zu verzichten.

Viele Teile der Bundesverwaltung sind umweltwirksam, und es wird sehr darauf geachtet, dass gerade der Bund mit dem guten Beispiel vorangeht. Das lässt sich auch von der ganzen Planung des Waffenplatzes Rothenthurm sagen: Die Kantone, Naturschutzorganisationen und Landeigentümer waren gemeinsam in der Planungskommission vertreten. Die naturschutzrechtliche Begutachtung der ausgewählten Variante erhielt die Maximalnote. Das hat mich überzeugt. Ein Blick auf andere Waffenplätze zeigt zudem, dass sich Naturschutz und militärische Nutzung gegenseitig vertragen. Es braucht also niemand aus Gründen des Umweltschutzes ein schlechtes Gewissen zu haben, wenn er die Rothenthurm-Initiative am 6. Dezember ablehnt.

(Auszug aus der Stellungnahme von Bundesrätin Elisabeth Kopp an der Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz vom 31. Oktober 1987 in Bern)



FDP-Präsident Ständerat Bruno Hunziker im Gespräch mit Bundesrätin Elisabeth Kopp und Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz. (Photo ruti)

Neue Kostenwelle mit klassenkämpferischen Tönen

Die FDP zu den Altersversicherungsvorschlägen der SP

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) hat mit grossem Erstaunen von den demagogischen und klassenkämpferischen Tönen Kenntnis genommen, mit welchen die SP der Schweiz ihre Kritik an den bestehenden Altersversicherungseinrichtungen vorträgt. Sie erklärt sich dies mit den bevorstehenden eidgenössischen Wahlen. Die FDP stellt mit etwelcher Verwunderung fest, dass die SP offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen hat, dass mit dem Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) zahlreiche Lücken in unserer Sozialversicherungsgesetzgebung geschlossen und der Sozialschutz wesentlich verbessert werden konnte. Mögliche Ungereimtheiten in der Gesetzgebung sind für den Betroffenen zwar ärgerlich, für die grosse Mehrheit der Versicherten ist das BVG jedoch ein echter Fortschritt. Unverständlich ist für die FDP, dass die SP

nicht zur Kenntnis nehmen will, dass bei AHV und BVG zwei getrennte und unterschiedlich finanzierte Sozialversicherungseinrichtungen insgesamt die grössere längerfristige Sicherheit bieten als ein einziges System für beide Alterssäulen. Die Kritik der SP am BVG ist zudem widersprüchlich: zum einen werden Vereinfachungen gefordert, um gleichzeitig andererseits neue Forderungen zu erheben, die mit zusätzlichen administrativen Umtrieben verbunden sind. Die von der SP gemachten Vorschläge zur Neugestaltung der AHV stehen weitgehend schon längst zur Diskussion und werden zum Teil bereits geprüft. Die Partei rennt damit offene Türen ein. Als blauäugig sind die Kostenschätzungen des AHV-Modells der SP zu bezeichnen. Die Realisierung der SP-Begehren bei der AHV und dem BVG würde zu einer massiven Kostenwelle führen.



Naturschutz und militärische Nutzung eines Gebietes schliessen sich nicht aus. In zahlreichen dank der sehr mässigen Bodennutzung ausgezeichneten, so wird auch diese Idylle im Rothenthurer Moorgebiet bestehen bleiben. Das ganze Waffenplatzareal wird diesbezüglich dauernd von einem Naturschutzteam überwacht.



Paul Fäh, neuer Luzerner Nationalrat. Auf dem Bild sind weiter (v. l. n. r.): Nationalrat Dr. Walter Zwingli (SG), Nationalrat Dr. Peter Aliesch (GR), Nationalrat Fäh, der neue Baselbieter Ständerat Prof. René Rhinow sowie der neue Baselbieter Nationalrat Gysin.



Nationalrätin Lili Nabholz-Haidegger stellte sich der Bundshauspresse vor. Ihre Ausführungen werden verfolgt kritisch von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz (dahinter) sowie Fraktionspräsident Nationalrat Ulrich Bremi (stehend, links) sowie dem von der freisinnigen Fraktion zum Präsidenten der kleinen Kammer für das kommende Jahr vorgeschlagenen Tessiner Ständerat Franco Masoni (ganz rechts).



Ostschweizer im Gespräch: der Schaffhauser Nationalrat Kurt Schüle (links) zusammen mit dem neugewählten St. Galler Ständerat Ernst Rüesch.



Bereits zur Tradition geworden ist das jährliche Zusammentreffen zwischen der Bundshauspresse und der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung. Da dieses jeweils unmittelbar vor der Dezembersession der eidgenössischen Räte und damit auch kurz vor dem Berner Zibelemärit stattfindet, läuft diese informationelle Aussprache unter dem Titel «Zibelemärit-Treffen». Dieses Jahr wurde von der Fraktionsleitung die Gelegenheit benutzt, um den Medienvertretern im Bundeshaus die neuen Mitglieder der freisinnigen Fraktion vorzustellen. (Photos ruti)



Das «Zibelemärit-Treffen» will die informelle Kontaktnahme zwischen Bundshausjournalisten und freisinnigen Parlamentariern fördern. Dieser Zielsetzung kommen auf unserem Bild der Schwyzer Nationalrat Karl Weber (zweiter von links) sowie der Zuger Stände- und Regierungsrat Andreas Iten (zweiter von rechts) nach, die sich mit Pressevertretern unterhalten. Dazwischen Nationalrat Dr. Peter Aliesch (GR).



Adriano Cavadini, neuer Tessiner Volksvertreter.



Der neugewählte Berner Nationalrat François Loeb.



Fraktionspräsident Nationalrat Ulrich Bremi (ZH) im Gespräch mit dem schweizerischen Parteipräsidenten und vom National- in den Ständerat gewechselten Aargauer Dr. Bruno Hunziker (rechts).



Romands unter sich: Es unterhalten sich (v. l. n. r.) der neue Genfer Nationalrat Guy-Olivier Segond, der für die Belange der Westschweizer Kantonalparteien auf dem schweizerischen Parteisekretariat Verantwortliche, René Vernaz (Mitte), sowie der ebenfalls neugewählte Walliser Nationalrat Hubert Bonvin. Rechts im Hintergrund FDP-Generalsekretär Hans-Rudolf Leuenberger.

Augenschein im gespaltenen Angola

Besuch in «Savimbi-Land»

Angola beging am 11. November dieses Jahres den zwölften Jahrestag der Unabhängigkeit von Portugal in zwei Hauptstädten: in Luanda, der offiziellen Kapitale am Atlantik, und in Jamba, der «provisorischen» Metropole im äussersten Südosten des Landes. Auslandredaktor Jacques Baumgartner war in Jamba dabei:

In Jamba säumten die Menschen zu Tausenden bei vierzig Grad im Schatten die in den Busch gehauenen sandigen «Boulevards», trommelten, tanzten, sangen und skandierten immer wieder «Savimbi, Savimbi». Jamba feierte. In Jamba paradierten an diesem Tag die Soldaten und Partisanen von Dr. Jonas Malheiro Savimbi (53). Er ist Präsident, Anführer, Oberkommandierender der antimarxistischen Nationalen Union für die vollständige Unabhängigkeit von Angola (Unita).

«Siegesparade»

Höhepunkte der Truppenschau im Busch bildeten die Vorführung gefangener kubanischer MiG-23-Piloten, das Vorbeirattern von 30 bei der jüngsten Schlacht erbeuteten sowjetischen T-55-Panzern und – die Glanzstücke – die Vorbeifahrt von vier Batterien intakter sowjetischer SAM-8-Luftabwehrraketen.

Es war eine Siegesparade. In der Tat: Auch die diesjährige



Der Chef: Jonas Malheiro Savimbi.

gen die Unita. Der im Juli begonnene Angriff wurde am Lomba-Fluss bei Mavinga zum Stehen gebracht.

Nicht erreichtes Etappenziel

Mavinga war das militärische Etappenziel während der diesjährigen Trockenzeit unterwegs zum eigentlichen Ziel gewesen, nämlich Jamba. Entscheidend zum Tagessieg der Unita dürfte süd-afrikanische Artillerie beigetragen haben. Die Fapla-Truppen wurden so vom Nachschub abgeschnitten.

Savimbi und seine Unita kontrollieren gut ein Drittel oder nahezu 400 000 Quadratkilometer des angolanischen Hoheitsgebietes. In einem weiteren Gebietsdrittel sind Savimbis 37 000 Partisanen «wie Ameisen tätig». Tatsache ist, dass die MPLA-Regierung in Luanda ausländischen Diplomaten ihre Sicherheit nur elf Kilometer ausserhalb der Hauptstadt garantiert. – Die Stärke der regulären Unita-Armee gibt Jamba mit 28 000 Mann an, jene der Fapla mit 85 000.

Partisanen-Basis

Jamba, gelegen im ehemaligen Wildpark von Mucusso, wurde 1979/80 aus strategischen Gründen als ursprünglich reine Partisanen-Basis gegründet. Die «provisorische Hauptstadt» des «freien Angola» (so Savimbi) besteht eigentlich aus einer Vielzahl von Busch- und Lehmbehausungen, die über eine Fläche von 15 bis 20 Quadratkilometern zerstreut sind. Aus der Luft sind die «Camps» kaum auszumachen. In Asche liesse sich Jamba nur durch massive Flächenbombardements legen. Vom Mavinga aus wäre Jamba in Reichweite der sowjetischen MIG-Kampfbomber gerückt.

In ihrem Gebiet hat die Unita ein straffes, funktionierendes Staatswesen aufgebaut, mit Schulen, Spitälern, Kliniken, einem Transport-, Kommunikations- und Postwesen, mit Verkehrspolizisten und mit Zöllnern... Nur Geld gibt es im Savimbi-Land keines. Gut die Hälfte der etwa sieben Millionen Angolaner leben derzeit im Unita-Gebiet. Die Gemeinschaft kommt für Kleidung und Nahrung auf. Die Rationen werden wöchentlich verteilt. Die Lebensmittelzuteilung ist nicht üppig, aber ausreichend. In Unita-Angola scheint – im Unterschied zum übrigen Angola – niemand Hunger zu leiden.

Komplizen

Nach Vizepräsident Jeremias K. Chitunda reichte ein Viertel der jährlich 1,8 Milliarden Dollar in die MPLA-Kasse fließenden Erd-

ölgelder aus, um die gesamte angolische Bevölkerung ausreichend zu ernähren. Luanda besodet damit, was es selbst nicht abstreitet, die 47 000 Kubaner, je 5000 sowjetischen und DDR-Militärs, 2500 Nordkoreaner, 3500 portugiesische Söldner, 7000 auf Seiten der Fapla kämpfende Guerrillas der Südwestafrikanischen Volksorganisation (Swapo) und 1200 Leute des African National Congress (ANC) und bezahlt die sowjetischen Waffen bar.

Den westlichen Regierungen, westlichen Unternehmungen wirft Unita-Vizepräsident Chitunda erbittert vor, die Leiden des angolischen Volkes zu verlängern: «Indem sie ihre Geschäfte mit dem illegalen Regime in Luanda betreiben, dieses politisch unterstützen, billigen sie den sowjetischen Expansionismus und werden so zu Komplizen von Ausbeutern und Terroristen...»

Verstrickung der Grossmächte

Der nun schon zwölf Jahre dauernde angolische Bürgerkrieg ist ein Stellvertreter-Krieg der beiden Grossmächte, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten. Die Südafrikaner greifen auch ganz direkt in Angola ein und machen keinen Hehl daraus. Für die Verstrickung der Grossmächte gibt es handfeste materielle und strategische Gründe: Angola grenzt an die rohstoffreichen Staaten Sambia und Zaire, die unter anderem die Kupfer- und Kobalt-Hauptlieferanten des Westens sind. Sodann liegt Angola am Atlantik, an der wichtigen internationalen Schiffroute ums Kap der Guten Hoffnung, ei-



Erbeutete russische Stalinorgeln und T-55-Panzer. (Photos Baumgartner)

ner potentiellen Trumpfkarte in Krisenzeiten. Südafrika, die regionale Macht, fühlt sich durch Kubaner und Sowjets im MPLA-beherrschten Angola, zumal Luanda die Swapo und den ANC unterstützt, direkt bedroht.

Der Westen – vorab die Vereinigten Staaten und die Europäische Gemeinschaft – ist der Haupthandelspartner des MPLA-Regimes. Indirekt schmiert der Westen die sowjetisch-kubanische Kriegsmaschinerie.

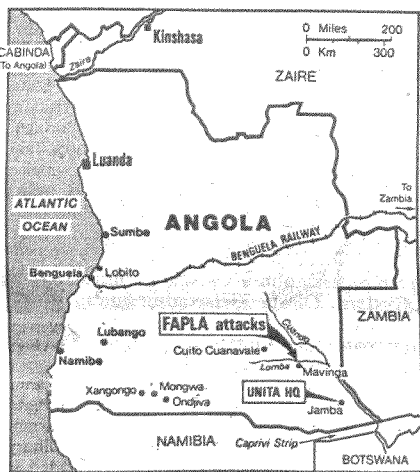
Derweil gleichzeitig der amerikanische Kongress in den vergangenen zwei Jahren 30 Millionen Dollar für die Savimbi-Soldaten in ihrem Kampf gegen die MPLA-Marxisten bewilligte. Seit 1975 dürften an die 200 000 Menschen in Angola ums Leben gekommen sein.

Die Nichteinhaltung des Unabhängigkeitsvertrages mit Portugal durch die MPLA ist der Grund des Bürgerkrieges. In dem Abkommen von Alvor hatten

1975 MPLA, Unita und die Nationale Befreiungsfront von Angola (FNLA) freie Wahlen vereinbart. Sie fanden nie statt.

Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) hatte damals der MPLA – eine «Schwester» der portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP) – und der FNLA je einen Stimmenanteil von 20 Prozent, der Unita einen solchen von 60 Prozent prognostiziert... Mit der Ankunft der Kubaner war das Alvor-Abkommen vom Tisch.

Jonas Malheiro Savimbi, der seine Studien an der Universität von Lausanne abschloss, möchte an der Macht in Luanda teilhaben, durch freie Wahlen – wie im Abkommen von Alvor vereinbart. Mit dem Ende der Regenzeit im Mai ist die nächste Offensive gewiss. Ausser Washington und Moskau einigen sich in direktem Gespräch über eine Angola-Lösung...



Grossoffensive der Volksstreitkräfte (Fapla) der Volksbewegung zur Befreiung von Angola (MPLA) ist abgewehrt worden. Seit 1985 leiten sowjetische Generale – erfolglos – die Angriffe ge-

Angola

- 1483 von den Portugiesen entdeckt.
- 1961 Beginn des bewaffneten Unabhängigkeitskampfes.
- 1974 Putsch in Portugal bringt Unabhängigkeit für Angola, Guinea-Bissau, Kapverden, Moçambique, Sao Tomé und Príncipe.
- 1975 MPLA, FNLA und Unita bilden in Luanda bis zu den Wahlen eine Übergangs-Koalitionsregierung. Im Januar Ankunft der ersten kubanischen Kontingente. Massaker, Ausbruch von Kämpfen zwischen MPLA/Kubaner und FNLA/Unita im Juni/Juli. Im Oktober landet das Gros der Kubaner. Südafrika interveniert (mit amerikanischer Rückendeckung), wird letztlich von Washington fallengelassen, zieht sich zurück.
- 1976 MPLA/Kubaner festigen ihre Positionen. Amerikaner stellen jegliche Hilfe für FNLA/Unita ein. Unita zieht sich in den Busch zurück, formiert sich neu.
- 1979 Jose Eduardo dos Santos wird MPLA-Präsident, nachdem MPLA-Gründer und Präsident Agostinho Neto während eines Kuraufenthalts in Moskau stirbt. Südafrika beginnt mit Stosstruppunternehmen gegen Swapo-Stützpunkte in Angola.
- 1982 Südafrika und die Vereinigten Staaten machen einen Abzug der in Namibia stehenden südafrikanischen Truppen von einem Abzug der Kubaner aus Angola abhängig.
- 1984 Südafrika und MPLA-Angola vereinbaren einen Waffenstillstand, der aber schon nach kurzer Dauer von beiden Seiten nicht mehr eingehalten wird.
- 1986 die Vereinigten Staaten gewähren erstmals der Unita wieder militärische Hilfe. Unita bringt die Südpfanz Kuando-Kubango unter ihre Kontrolle, dehnt die Partisanen-Tätigkeit in den Norden aus. Pläne der MPLA-Regierung und der Frontstaaten zur Wiedereröffnung der Benguela-Eisenbahn sind Papier, den Schüssen zur seit 1975 stillgelegten Bahn hält die Unita.



ENTGEGEN DER LANDLÄUFIGEN MEINUNG SEHEN SICH NICHT ALLE BÄREN ÄHNLICH.

Genausowenig wie internationale Vermögensberater, wenn Sie sie sorgfältig unter die Lupe nehmen.

Die Bank Julius Bär, eine der führenden Privatbanken, besitzt über 40 Jahre Erfahrung in der internationalen Vermögensverwaltung.

Wir operieren vom Hauptsitz Zürich aus und sind selbstverständlich auch in London und New York aktiv: Die enge Verbindung zwischen einem starken Team internationaler Vermögensberater und moderner Kommunikationstechnik ermöglicht rasches und erfolgreiches Reagieren auf die jeweilige Marktsituation.

JB B BANK JULIUS BÄR
For the fine art of Swiss banking.
Bahnhofstr. 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 11, Tx. 823 865